Nr. 311 8. Dezember 1994

INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info 2⁵⁰ DM



Gegengipfel zur Ministerratstagung der Europäischen Union vom 9. bis 11. Dezember in Essen

Greifen wir gemeinsam nach den Sternen!

Liebe Leute !
Zunächst mal viele Grüße nach Hamburg. Ihr habt euch ja vor der Vergabe des diesjährigen Krawallpokals noch mal mächtig ins Zeug gelegt. Wo bleibt Berlin ????
Ein leidiges Thema: Falls die Vorlagen die ihr uns schickt so miese Qualität haben wie das diesmal beim Papier der Gruppe J. Me ssinger der Fall war, müsst ihr euch nicht wundern, wenn sie im Ordner landen. Redaktionsschluß ist Montag!
Gewundert hat uns, daß uns noch keine Reaktion auf den sich anbahnenden Einsatz der Bundeswehr in Bosnien-Herzegowina erreicht hat. Sitzen wir am Tag X vor der Glotze ?

Inhalte:

Ordner:
- Gruppe Jupp Messinger
- "Informationsdienst Terrorismus..." (Mehrere Artikel)
- vom 8. Mai zur Neuen Wache
- Erklärungen, Rote Straße
- Flugis zu Kurdistan, Türkei
- Flugi zu Karen Braun, Andreas Landwehr, Kurdistan

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Bambule um die „Bambule"

■ Wegen der drohenden Räumung einer Hamburger Bauwagensiedlung lieferten sich Polizei und Jugendliche stundenlange Straßenschlachten / 22 Polizisten verletzt

Hamburg (taz) – 22 verletzte Polizisten, ausgebrannte Autos und aufgerissene Straßen – das ist die Bilanz schwerer Krawalle um die Bauwagensiedlung „Bambule" im Hamburger Karolinenviertel in der Nacht zum Freitag. An den mehrstündigen Straßenschlachten beteiligten sich zeitweise mehrere hundert Menschen aus dem Brennpunkt-Viertel. Aus Protest gegen eine bevorstehende Räumung des Bauwagenplatzes hatten sie Barrikaden errichtet. Beim Anrücken der Polizei warfen sie Molotowcocktails und Pflastersteine und schossen mit Stahlzwillen. Festnahmen gab es nicht. Ob auch Demonstranten verletzt wurden, war gestern noch unklar. Das Hamburger Oberverwaltungsgericht hatte Anfang dieser Woche entschieden, daß der Bauwagenplatz geräumt werden kann.

Die Randale begann unmittelbar nach einem Plenum, auf dem sich die BewohnerInnen mit der drohenden Räumung des seit zwei Jahren bewohnten Bauwagenplatzes befaßt hatten. Im Gegensatz zum Bezirk Altona, der trotz des Hamburger Bauwagengesetzes das Wohnen in mobilen Unterkünften verbietet, lehnt das Bezirksamt des Karoviertels eine Duldung derartiger alternative Lebensformen trotz akuter Wohnungsnot ab. Nach einem mehrmonatigen Rechtsstreit, aus dem die „Bambule"-Bewohner teilweise erfolgreich hervorgingen, gab das Oberverwaltungsgericht am Montag doch noch grünes Licht zur Räumung.

Unmittelbar nach der Versammlung machten die Karoviertel-BewohnerInnen ihrem Unmut über die avisierte Räumung Luft. An verschiedenen Orten errichteten sie meterhohe Barrikaden. Als die völlig überraschte Polizei anrückte, waren die BeamtInnen einem regelrechten Hagel aus Leuchtspurmunition, Steinen und Tränengas ausgesetzt. Auch als ein größeres Polizeiaufgebot anrückte, konnte die Polizei im Viertel keine Ruhe schaffen. Immer wieder flammten Straßenschlachten auf, Barrikaden und Fahrzeuge brannten. „Ausschreitungen in dieser Intensität haben wir lange nicht erlebt", sagte der Polizeisprecher. Insgesamt waren 330 Polizisten im Einsatz. Neben zwei Hundertschaften der Bereitschaftspolizei mit Wasserwerfern und einem Panzerfahrzeug wurde auch das Mobile Einsatzkommando (MEK) eingesetzt.

Erst in den frühen Morgenstunden zogen die zumeist jugendlichen Randalierer ab. Zuvor hatte sich Hamburgs Innensenator Hartmuth Wrocklage (SPD) zu direkten Gesprächen mit den „Bambule"-Bewohner bereit erklärt. In den Vermittlungen sicherte er den Bauwagenleuten Verhandlungen über eine „Lösung" mit der Stadtentwicklungsbehörde zu. Daraufhin kehrte im Karoviertel wieder Ruhe ein.

Brandsätze gegen geistige Brandstifter

Der Widerstand gegen die faschistische Wochenzeitung "Junge Freiheit" geht weiter!!!

Am 4.12.94 haben wir verschiedene Objekte in Berlin und Weimar angegriffen. Sie alle sind an der Herstellung und dem Vertrieb der faschistischen Wochenzeitung "Junge Freiheit" beteiligt.
Wir wollen mit unseren Brandsätzen gegen die Druckerei, einen psg-Kiosk und gegen Fahrzeuge von Vertriebsfirmen das Ende dieses Machwerks beschleunigen.

Was ist die "Junge Freiheit"?

Die Zeitung JF ist der Versuch der sogenannten Neuen Rechten mit journalistischen Mitteln in politisch und kulturell bedeutsame Bereiche der BRD-Gesellschaft einzubrechen und sich dort zu konsolidieren. Die sogenannte Neue Rechte versteht sich als Mittler zwischen allen Schattierungen des braunen Rands, von Konservativen bis zu bekennenden Nationalsozialisten. Für die Zeitung schreiben Personen, die den verschiedensten rechten und faschistischen Gruppierungen und Organisationen angehören; wie z.B: Thorsten Thaler (Ex-Deutsche Liga Funktionär; beteiligt am "Freundeskreis G. Kaindl", für den unter anderem im Neonazi-Terrorblatt "Einblick" geworben wurde) oder auch der CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer.
Ihr gemeinsames Ziel ist es, eine neue kulturelle Vormachtstellung der Rechten zu etablieren und den Nationalsozialismus zu rehabilitieren. Dieser Versuch ist als Etappenziel auf dem Weg zur politischen Macht zu bewerten.
Die JF bezieht sich dabei offen auf die Vordenker der sogenannten "konservativen Revolution", wie z.B. Carl Schmitt, der ab 1933 Mitglied der NSDAP war. Die "konservative Revolution" war in den 20er Jahren geistiger Wegbereiter des deutschen Faschismus.

In populistischem Stil, aber nicht ohne intellektuellem Anspruch, werden von der JF, quer durch das rechte Spektrum, sowohl deutschnationale Burschenschaftler und CDU-nahe AbtreibungsgegnerInnen, als auch NS-Kader und Deutsche Liga-FunktionärInnen angesprochen. Sie beschränken sich allerdings nicht auf dieses Spektrum, sondern versuchen auch andere, und hier besonders eine vermeintliche intellektuelle Elite, anzusprechen. Sie wollen faschistische Denk- und Handlungsweisen bei denen, die (zukünftig) an den Schaltstellen der Macht sitzen, bestärken und erzeugen. So soll langfristig die ganze Gesellschaft in ihre Richtung gezwungen werden.
Mit diesem Hintergrund ist es auch verständlich, warum sie Berichten über Diskussionen innerhalb der Linken viel Platz einräumen und den Dialog mit frustrierten Linken suchen. Daß einige der Ex-Linken darauf eingehen und ihnen helfen faschistisches Gedankengut salonfähig zu machen, finden wir widerwärtig.

In dem Versuch einen neuen, rechten Zeitgeist zustande zu bringen, verdreht das Blatt Begriffe um zu verharmlosen, zu verwirren, zu venebeln. Vom Nationalsozialismus geprägte Begriffe werden vermieden und gegen neue, wischenschaftlich neutral klingende ersetzt. So wird z.B. aus "Rassenhygiene" "ethnische Homogenität". Damit versuchen sie sich der Brandmarkung als faschistisches Projekt zu entziehen. Dennoch finden sich in der JF viele Belege für ihre faschistische Gesinnung, die wir hier kurz darlegen.

Die JF ist rassistisch und antisemitisch!
Neurechte Demagogen, wie Alain de Benoist und Armin Mohler, philosophieren in der JF ungeniert über die Legitimität von Rassismus. Die rassistischen Pogrome von Hoyerswerda und Rostock werden heruntergespielt und als angeblicher Ausbruch, eines in die Ecke gedrängten Volkes verkauft.
Auch der Mannheimer Richter, der mit seinem Urteil den NPD-Vorsitzenden Deckert und seine antisemitische Propaganda unterstützt hat, wird von den Kommentatoren der JF in Schutz genommen.
Obwohl antisemitische Themen bisher keinen Schwerpunkt bilden, sind antisemitische Äußerungen in fast jeder Ausgabe eingestreut. So wird Rosa Luxemburg unter anderem wegen

Die JF ist frauenfeindlich!

Eines ihrer Politikfelder ist der Kampf gegen Abtreibungen. Sogenannte "Lebensschützerorganisationen" bekommen Platz eingeräumt um gegen das Recht der Frauen Sturm zu laufen. Auf dem Hintergrund einer biologistisch definierten Frauenrolle werden Frauen als Gebärmaschinen und Pflegerinnen der großen Krieger und ihrer Kinder idealisiert. Die patriarchale Familie ist die Keimzelle, der von ihnen angestrebten Gesellschaft. Dafür leistet die JF in ihrem Kleinanzeigenteil, wo deutsche Burschen anschmiegsame blonde Mädel zum Gebähren von 3-6 Kindern suchen, praktische Hilfe.
Die Schreiber, und ganz vereinzelten Schreiberinnen, der JF versuchen auch hier ihre wirklichen Ansichten zu verschleiern, z.B. indem sie über feministische Autorinnen nur polemisieren ohne ihre eigene Position darzulegen. Die männerbündlerischen Strukturen sollen dadurch verdeckt werden, daß männliche Autoren unter weiblichen Pseudonymen schreiben.

Die JF ist völkisch, nationalistisch und elitär!

Der Elitegedanke, des auf sozialdarwinistischen Grundsätzen beruhenden "Journalismus", der JF wird immer wieder hervorgehoben, sind doch nicht wenige der AutorInnen Mitglieder rechtsradikaler Burschenschaften. Der völkische Charakter der JF wird durch ihre ständigen Versuche den Begriff "Volk" als etwas naturhaftes zu charakterisieren klar. Zwischen den Zeilen trieft es nur so vor Stolz aufs Deutschsein.

Die JF ist imperialistisch und revanchistisch!

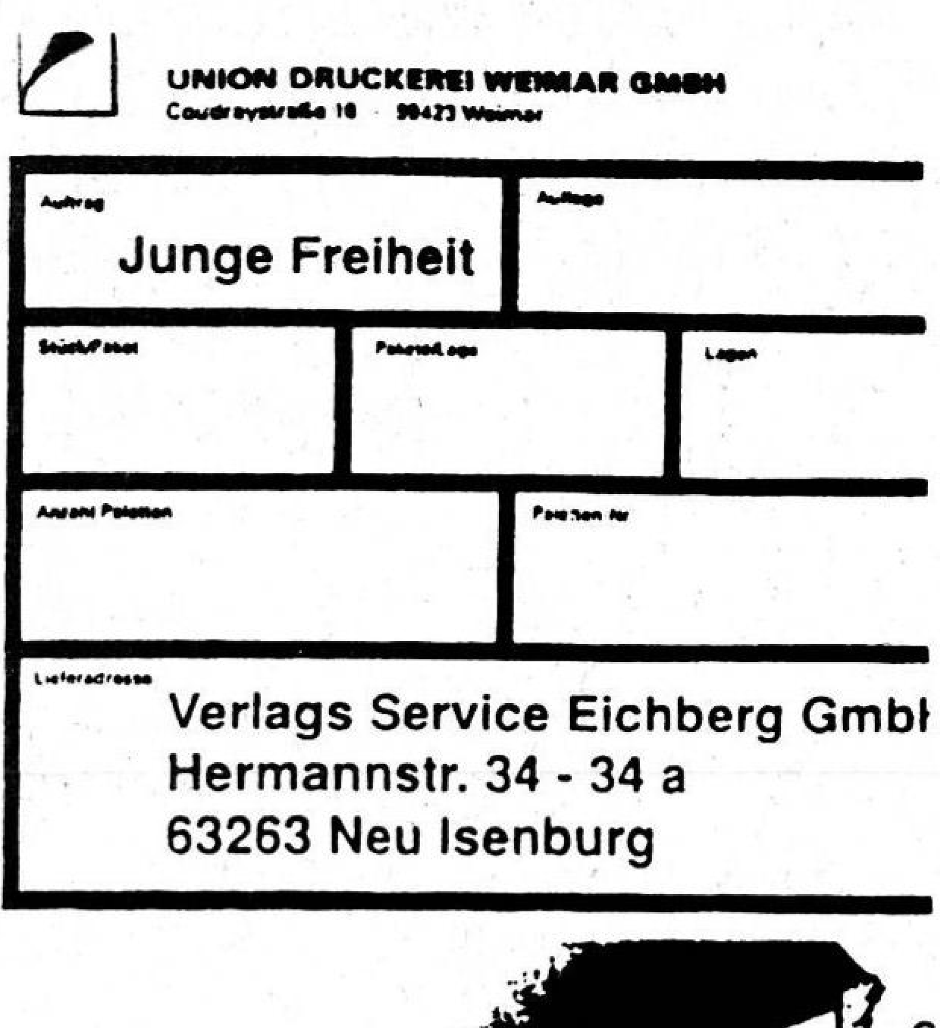
Ein nach innen totalitäres (da ist z.B. an die Errichtung von "Arbeitslagern" gedacht), nach außen aggressiv expandierendes Deutschland, ist der Idealstaat für die JF-AutorInnen. Die bestehende Ostgrenze Deutschlands wird von ihnen nicht anerkannt, die fünf angeschlossenen Bundesländer, werden als "Mitteldeutschland" bezeichnet. Nationale Interessen müsse der Staat, ihrer Meinung nach, auch mit militärischen Mitteln im Ausland durchsetzen. Die Schlips- und Kragen-Faschisten der JF meinen außerdem Ansprüche auf die Gebiete innerhalb der deutschen Grenzen von 1937 anmelden zu können.
Durch die Entwicklung der Europäischen Union sieht die JF den Nationalstaat Deutschland bedroht. Die politische und militärische Einbindung Deutschlands in Europa steht ihrem Plan der Wiedereinverleibung von Teilen Polens, Rußlands, Österreichs, Italiens, der Tschechischen Republik und anderer entgegen.
Bei der revanchistischen Agitation der sogenannten "Deutschen Freundeskreise" in Polen leistet die JF intensiv Schützenhilfe.
Die Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika erklären sie zur Bedrohung, die z.B. durch Maßnahmen zur Bevölkerungsregulierung, durch die Staaten des reichen Nordens bekämpft werden müssen.

Die JF ist revisionistisch!

Im Bestreben der JF, die deutschen Verbrechen während des Nationalsozialismus zu verharmlosen, und dadurch das NSDAP-Verbot aufheben zu können, kommt dem Geschichtsrevisionismus große Bedeutung zu. Zentraler Ansatzpunkt dieser, von der JF mitunterstützten Kampagne, ist die mit pseudowissenschaftlichen Scheinargumenten begründete Leugnung des Faktums der industriellen Massenvernichtung in den nationalsozialistischen Lagern. Bei ihrem durchsichtigen Unterfangen befinden sie JF-AutorInnen in trautem Einklang mit dem NS-Agitator und Geschichtsfälscher David Irving und anderen Nazi-Kadern, wie z.B. Ewald Althans.

Gegen die Verbreitung dieser menschenfeindlichen Ansichten kämpfen AntifaschistInnen seit Jahren. Dabei sind bereits Erfolge erzielt worden. Die JF konnte sich längst nicht in dem Maß als Wochenzeitung etablieren, wie dies von ihnen geplant war. Entgegen den Prahlereien ihres Machers Stein, daß die Auflage 100.000 betrage, werden derzeit nur knapp 15.000 Exemplare gedruckt. Aufgrund des vielfältigen propagandistischen und auch militanten Widerstands wurde das Blatt außerdem in vielen Berliner Kiosken aus dem Sortiment genommen.

Wir haben mit Brandsätzen folgende Objekte angegriffen:

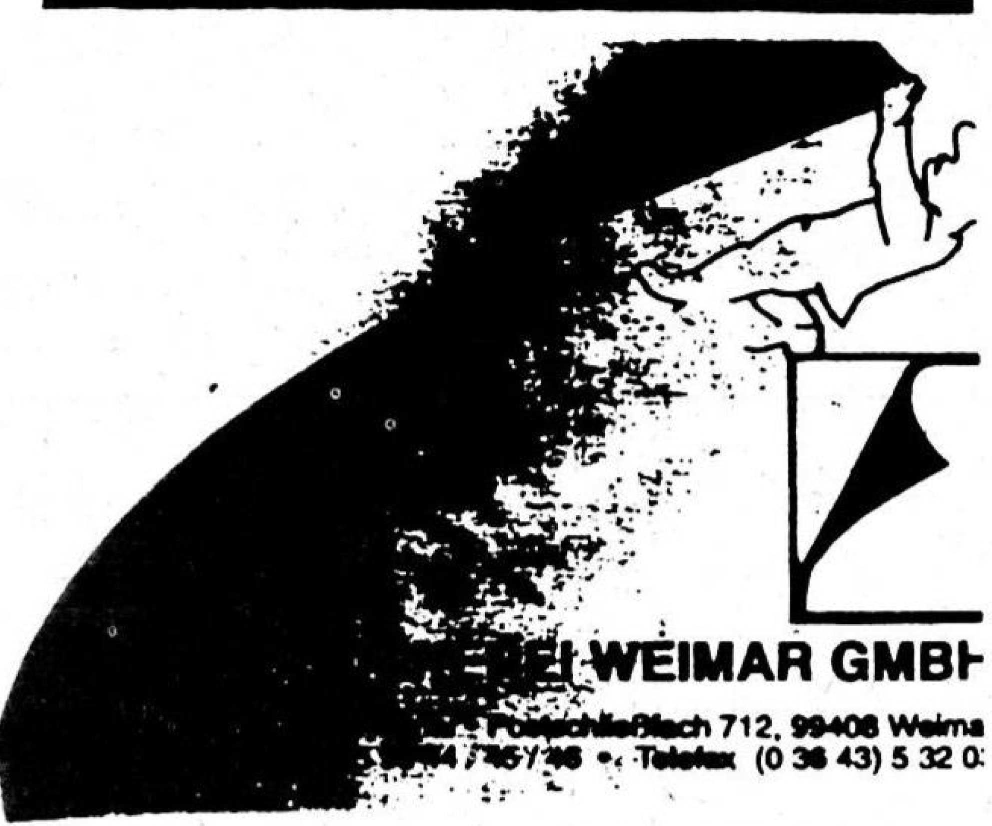


UNION DRUCKEREI WEIMAR GMBH

Junge Freiheit	

Verlags Service Eichberg Gmb
Hermannstr. 34 - 34 a
63263 Neu Isenburg

1. Die Druckerei in der die "Junge Freiheit" gedruckt wird.
Nachdem sie jahrelang vom Brühl-Druck, Gießen, produziert wurde, lassen sie seit September 1994 (Nr. 37) in der Union Druckerei Weimar drucken. In diese Druckerei wurde, bis zu seiner Einstellung 1992/1993 das Thüriger Tageblatt, die 1946 gegründete Bezirkszeitung der Ost-CDU, hergestellt. Nach der Annektion der DDR ging die Zeitung samt Druckerei, wie alle Organe der Ost-CDU, über den Deutschen Zeitungsverlag an die FAZ-Gruppe.
Der Wechsel von Gießen nach Weimar zeigt, daß die FAZ dem Projekt offensichtlich aufgeschloßen gegenübersteht.
Eben so aufgeschlossen zeigt sich auch der Geschäftsführer der Union Druckerei, Ernst-Ulrich Dill (Bruno-Apitz-Str.21, Weimar/Schöndorf, Tel.:03643/410105). Nach der Gründung einer örtlichen Bürgerinitiative, die mit Flugblättern und Kundgebungen auf den Charakter des Blattes aufmerksam gemacht hat, und der Entwendung der Versandunterlagen der JF am 4.10.94, kündigte er an, die inhaltliche Richtung der JF zu überprüfen und gegebenenfalls aus dem Vertrag auszusteigen. Seitdem sind Wochen verstrichen und es ist nichts passiert. Im Gegenteil wurde bekannt, daß er keine Veranlassung sieht, seine Zuarbeit zu beenden.



2. einen Lieferwagen des Brandenburger Presse Vertriebs (BPV)
Der BPV gibt es seit 1991. Sie ist einer der derzeit in Berlin existierenden drei Großvertriebe, die das Geschäft unter sich aufteilen. Der BPV deckt dabei Ostberlin, sowie die Region ab.
Da die rund 150 Pressegrossisten in der BRD eine stark monopolistische Stellung haben, können sie die Verträge bestimmen und verschiedene Zeitungs- und Zeitschriftensortimente zusammenstellen, die von den Kiosken dann als Gesamtpaket genommen werden müssen. In diesen Sortimenten können auch faschistische Zeitungen sein, wenn sich der Vertrieb davon Profit verspricht. Kioske, die diese jedoch (gewollt oder ungewollt) nicht verkaufen, werden zwangsläufig mit diesen nicht mehr beliefert. Außer diesem ökonomischen Gesichtspunkt haben die EinzelhändlerInnen jedoch wenig Mitspracherecht. Im Gegensatz zu den meisten Grossisten sind die Berliner BPV und die Vertriebsvereinigung nicht im "Presse Grosso-Bundesverband Dt. Buch, Zeitungs und Zeitschriften Grossisten e.V." (Eupener Str.161a, 50933 Köln) organisiert.
Mit der JF werden die Grossisten von der Firma SPS Verlagsservice (Karl-Mand-Str.2, Koblenz) beliefert. Die Grossisten beliefern dann kleinere Ketten, wie z.B. Bahnhofsbuchhandelketten, oder liefern direkt an die einzelnen Kioske und Läden.

4. ein Lieferwagen der Firma Wolff
Gegen diese mittelständische Kioskkette aus Lichtenberg wurden seit 1992 verschiedene Aktionen unternommen, die jedoch kaum einen Kurswechsel in der Verkaufspolitik in Gang setzen konnten. Noch immer werden an 5 ihrer 7 Kioske, teilweise sogar offen, faschistische Zeitungen verkauft.

Eberhard Wolff
Zeitungen, Bücher, Reisebedarf
Emanuelstraße 15
10317 Berlin
Telefon: 5 29 07 44 · Telefax: 5 11 33 42

Die Verantwortlichen dieser Firmen haben anscheinend gehofft, daß sie dem Widerstand durch Heuchelei und Aussitzen den Wind aus den Segeln nehmen können.
Mit unseren Anschlägen haben wir ihnen hoffentlich deutlich gemacht, daß sie sich geirrt haben und daß wir die Herstellung und den Vertrieb von faschistischen Zeitungen nicht hinnehmen.

Selbstverständlich soll das nicht bedeuten, daß wir andere bestehende Machtstrukturen und ihre UnterstützerInnen für weniger anschlagsrelevant halten, oder gar den Normalzustand, diese Scheindemokratie, verteidigen wollen.
Unser Kampf richtet sich gegen alle Formen von Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung. Hier und weltweit!

Kein Rederecht für, keinen Dialog mit Faschisten und Faschistinnen!
Freilassung aller inhaftierten AntifaschistInnen!
Schau nicht weg - greif ein! Schau hin - greif an!

Organisiert den antifaschistischen Kampf!

revolutionäre Lesbenfrauengruppen und andere revolutionäre Gruppen

Im voraus einige Erläuterungen:
Diese Liste baut auf der in der Interim 258 veröffentlichten auf. Wir können nur für die später beobachteten Gewähr übernehmen (der Zeitpunkt steht immer dahinter). Vorsicht bei älteren Angaben! Mit reinkopiert haben wir noch eine Liste aus dem Wedding.
Wir wollen noch mal alle aufrufen, ihre Informationen und Listen öffentlich zu machen. eigentlich sollte dies so selbstverständlich sein, wie der verantwortungsvolle Umgang mit den Informationen selbst.

Wie ihr seht gab es einige Erfolge. Folgendes wollen wir kurz zusammenfassen.
- Die Kette LUX hat Mitte dieses Jahres nach Anschlägen und lautstarkem Protest, die JF, sowie die DWZ, bei vielen Läden aus dem Programm genommen. LUX hat übrigens mehrere Dutzend Kioske auf den Bahnhöfen in Westberlin. Sie breiten sich, z.B. durch die Übernahme von psg Kiosken, langsam auch im Osten aus.
- Die BHG, die größte Kette in Westberlin, hat auf den Druck damit reagiert, sämtliche faschistische Zeitungen aus ihrem Sortiment zu streichen. Dies bedeutet, das hunderte von Exemplare nicht mehr ausliegen und das z.T. an so lukrativen Orten, wie dem Bhf-Zoo.
- Die PSG ist die größte Zeitungskiosk- und Bahnhofsbuchhandelskette auf dem Gebiet der EX-DDR. In Ostberlin gehören ihr weit über 100 "grüne Kioske" und Zeitungsläden. Auf Dörfern ist sie oftmals die einzige Zeitungsquelle. Auffallend ist der teilweise überdurchschnittlich hohe Anteil an faschistischen Zeitungen in ihrem Sortiment. Aufgrund von Aktionen dagegen erfolgt der Verkauf z.Zt. hauptsächlich unter den Ladentischen.
- Einzelhändler sind in der Regel durch Aufklärung, lautstarken Protest und notfalls militanten Aktionen schnell zur Verkaufseinstellung zu bewegen. Auch der materielle Schaden, der ihnen durch Zeitungsklau entstanden ist, hat sicher einige überzeugt (allerdings nutzt das dem Vertrieb). Etliche der Verkaufseinstellungen sind aber sicher auch deshalb zustande gekommen, weil die KundInnen schlichtweg desinteressiert waren. Von den ca. 10.000 Exemplaren, die an die Kioske geliefert werden, gehen vermutlich die meisten ohne Umweg in die Wertstofferfassung.

In folgenden Kiosken und Läden **werden** noch immer faschistische Zeitungen verkauft:

Ort		Kette	Zeitung	Zeitpunkt
Charlottenburg				
Bhf Zoo	Bahnsteig U9	LUX	JF	9/94
	Bahnsteig U2, Richtung West	LUX	JF	9/94
	Bahnsteig U2, Richtung Ost	LUX	JF	9/94
Joachimst./Kudamm vor Kranzler			JF/DWZ/DNZ	9/94
Joachimst./Kudamm gegenüber Kranzler			DNZ/DWZ	9/94
Bismarkstr.28			JF	1/94
Wilmersdorferstr.152a			JF	6/94
Kantstr./Schlüterstr.			JF	6/94
Kaiserin-Augusta-Allee/Ilsenburger			JF	5/94
Kaiserin-Augusta-Allee 94/Wernigeroder			JF	5/94
Otto-Suhr-Allee 93			DNZ	5/94
Reichsstr.83			JF/DWZ/DNZ	5/94
Spandauer Damm/Sophie-Charlottenstr.			DNZ	5/94
U9 Kurfürstendamm		LUX	JF	9/94
Wedding				
U-Seestr., Richtung Mariendorf		LUX	JF	5/94
U-Leopoldplatz		LUX	JF	5/94
U-Wedding		LUX	JF	5/94
Müllerstr.131			JF	5/94
Gerichtsstr.52a			DNZ	12/93
Müllerstr./Seestr.			DNZ	12/93
Armenischestr.12			DNZ	12/93
Moabit				
U-Hansaplatz, Ausgang vorne			JF	3/94
Alt-Moabit 78			DNZ/DWZ	12/93
Mitte				
Alex:	S-Bahngeschoß	psg	JF/DNZ/DWZ	9/94
	vor der Sparkasse	psg	DNZ/JF	7/94
S-Friedrichstr., Bhfhalle, hinterer Ausgang		psg	DWZ/DNZ	9/94
S-Friedrichstr., Bhfhalle		psg	JF/DNZ/DWZ	9/94
Friedrichshain				
Hauptbahnhof vor Kaufhof		psg	JF	9/94
Lichtenberg				
S/U Frankfurter Allee/Möllendorfstr.		psg	DNZ/DWZ	9/94
Emanuelstr.15/Lückstr.		Wolff	JF	9/94
S Lichtenberg, Ausgang Bushaltestelle		Wolff	JF/DNZ/DWZ	9/94
Lichtenberg, Bhfhalle		psg	JF/DNZ/DWZ	9/94
Frankfurterallee 235		psg	DNZ/DWZ	9/94
S-Karlshorst		psg	DNZ/DWZ	9/94

Ort	Kette	Zeitpunkt
U2-Sophie-Charotte-Pl.	LUX	Mitte 94
U2-Kaiserdamm	BHG	Mitte 94
Kaiserdamm 25		Ende 93
Theodor-Heuss-Pl.4	Geber	Ende 93
Mommsenstr.41		Mitte 94
S-Charlottenburg	BHG	Mitte 94
U7-Bismarkstr.	BHG	Mitte 94
Otto-Suhr-Allee 37		Ende 93
U-Adenauerpl.	BHG	Anfang 93
Wedding/Reinickendorf/Moabit		
Müllerstr.178		Ende 93
U9-Leopoldplatz	BHG	Mitte 94
U8-Paracelsusbad	BHG	Mitte 94
Raschdorffstr.2		Ende 93
S-Gesundbrunnen		Ende 93
Brunnenstr.78		Ende 93
Torfstr.19		Ende 93
Birkenstr.32		Ende 93
Zehlendorf		
S-Mexikopl.	Palm	Ende 93
Spandau		
U7-Rathaus Spandau	BHG	Mitte 94
U7-Halemweg, Einkaufszentrum		Ende 93
U5-Rathaus Friedrichshain	psg	Ende 93
Petersburgerstr.91		Mitte 94
Lichtenberg		
S-Nöldenerplatz	psg	Ende 93
S-Lichtenberg, Bahnsteig	Wolff	10/93
U-Frankfurter Allee	BHG	Mitte 94
U-Friedrichsfelde	psg	6/94
U5-Lbg. Zwischengesch. z. S-Bahn	BHG	Mitte 94
Prenzlauerberg		
S-Greifwalderstr.	BHG	Mitte 94
Dimitroff/Prenzlauer Allee	psg	Ende 93
S-Schönhauser Allee	psg	Ende 93
Greifswalder/Dimitroffstr.	psg	Mitte 94
Hohenschönhausen		
S-Wartenberg	psg	Anfang 94
S-Hohenschönhausen	psg	Anfang 94
Charlottenburg		
Nürbergerstr.25		Mitte 94
Zoo Bahnhofshalle	BHG	Mitte 94
Tauentziehn vor Europazentrum		Ende 93

Ort	Betreiber	Zeitungen	Stand
Prenzlauerberg			
Dimitroff/Bötzowstr.	psg	DNZ	9/94
Marzahn			
S Springpfuhl	psg	JF	12/93
S Marzahn	psg	JF/DNZ/DWZ/DS	9/94
U5 Elsterwerdaerpl.	Wolff	DNZ/DWZ	9/94
Max-Hermannstr. neben Kaufcenter	psg	JF	9/94
Hellersdorf			
U Hellersdorf	Wolff	DNZ/JF	9/94
Köpenick			
S Köpenick	psg	DNZ/DWZ	9/94
Treptow			
S Schöneweide	psg	DWZ/DNZ/JF	9/94
S Baumschulenweg	psg	JF/DNZ	9/94
Kreuzberg			
U1 Möckernbrücke, Richtung City		JF	6/94
Dudenstr.(72),neben Bolle		DNZ	93
Neukölln			
U8 Hermannplatz	LUX	JF	9/94
U7 Rathaus Neukölln	LUX	JF	9/94
U7 Karl-Marx-Str.	LUX	JF	9/94
U7 Neukölln	LUX	JF	9/94
S Neukölln	LUX	DWZ/JF	9/94
U7 Grenzallee	LUX	JF	1/94
U7 Britz-Süd	LUX	JF	1/94
U7 Johannisthaler Ch.	LUX	JF	1/94
U7 Lipschitzallee	LUX	JF	11/93
U7 Rudow	LUX	JF	12/93
Leinestr.6		DNZ	12/93
Jonasstr.6a/Altenbracker		DNZ/DWZ	11/93
Wilmersdorf			
U Hohenzollernplatz, Ausgang Nassauische im Park		DNZ/DWZ	1/94
Fehrbellinerpl., BFA Passage	Wolff	JF	10/94
U9 Spichernstr.	LUX	JF	1/94
U9 Günzelstr.	LUX	JF	1/94
Mainzerstr.12		JF	1/94
Blissestr.4		DNZ	6/94
Blissestr.20		JF	6/94
Blisse/Hildegardstr.		JF	6/94
Hildegardstr.4		DNZ	6/94
Hohenzollerndamm 50		DNZ	1/94
Wiesbadenerstr.50/Schlangenbader 25		DNZ	1/94
Bernhardstr.11		JF	6/94
Schöneberg			
Lützowstr.48		JF	1/94
Maaßenstr.2		JF/DNZ	9/94
Wittenbergpl. vor der Dt. Bank		JF	8/94
Belzigerstr.74		DNZ/DWZ	12/93
Crellestr.4		JF	12/93
Barbarossastr.43/Münchnerstr.		JF/DWZ	11/93
Steglitz			
U9 Friedrich-Wilhelm-Platz	LUX	JF	6/94
Breitenbachplatz 19		JF	5/94
Rheinstr.28		JF	1/94
Spandau			
Siemensdamm, Kaufzentrumpassage		JF/DNZ/DWZ	1/94
Zehlendorf			
Breitenbachplatz 19		JF	6/94
Potsdam			
S-Potsdam-Stadt	psg	JF	10/94
Platz der Einheit	psg	JF	10/94
Friedrich-Ebert-Str.9/Charlottenstr.	psg	JF	10/94
Friedrich-Ebert-Str.95	psg	JF	10/94
Am Bassin	psg	JF	10/94
Johannes-Kepler-Platz	psg	DWZ,JF	10/94

DWZ-Dt. Wochenzeitung, DNZ-Dt. Nationalzeitung, JF-Junge Freiheit, DS-Dt. Standpunkt

Ort	Betreiber	Stand
Kreuzberg		
U1-Kottbusser Tor	LUX	5/94
U8-Kottbusser Tor	LUX	5/94
U8-Schönleinstr.	LUX	5/94
U1-Prinzenstr.	LUX	5/94
U1-Hallesches Tor	LUX	5/94
U6/U7-Mehringdamm	LUX	5/94
U7-Gneisenaustr.	LUX	5/94
U6-Kochstr.	LUX	5/94
Prinzenstr.22		Anfang 94
U7-Südstern	LUX	93
Fichtestr.23		93
Reichelt, Hasenheide		93
Lindenstr.77		Ende 93
Neukölln		
Fuldaerstr.61		Ende 93
Laube/Wildenbruchstr.		Ende 93
U7-Wutzkyallee	LUX	11/93
Rudowerstr.3		11/93
U8-Boddinstr.	LUX	12/93
Werbellinstr.2/Karl-Marx-Str.		Ende 93
Kienitzerstr.91		
Tempelhof		
U6-Platz der Luftbrücke	LUX	Mitte 94
Kaiserstr.70		Ende 93
Schöneberg		
U1-Kurfürstenstr.	LUX	5/94
Potsdamerstr.148		Ende 93
U1-Nollendorfplatz	LUX	Ende 93
U1/U2-Wittenbergplatz	LUX	5/94
Eisenacherstr.107		Anfang 93
Winterfeldstr.6		Mitte 93
Wilmersdorf		
U1-Fehrbellinerpl.	LUX	Anfang 93
U7-Fehrbellinerpl.	BHG	Anfang 93
Berlinerstr.154		Ende 93
Berkaner/Egelerstr.		Ende 93
Steglitz		
U9-Walter-Schreiber-Pl.	BHG	Mitte 94
U0-Schloßstr., Ausg. Dantherstr.	BHG	Mitte 94

In folgenden Läden wurde der Verkauf eingestellt:

Ort	Betreiber	Stand
Mitte		
Alex:		
Durchgang zum S-Bahngeschoß	psg	Mitte 94
U-Zwischengeschoß	BHG	Mitte 94
Durchgang U8-U2	BHG	Mitte 94
zwischen Kaufhof u. Forum Hotel Geber		Ende 93
S-Janowitzbrücke	BHG	Mitte 94
Friedrichstr./Unter den Linden	BHG	5/94
Leipzigerstr.35	psg	Ende 93
S-Hackescher Mark	psg	Ende 93
Hans-Beimler-Str./Mollstr.	psg	5/94
U-Rosenthalerpl.	BHG	Mitte 94
Friedrichshain		
Leninplatz 2	psg	Ende 93
Hbf Bahnhofshalle	HD	5/94
S-Warschauerstr.	BHG	Mitte 94

Laden	Adresse	Verkauf
Zeitungsladen	Müllerhalle	offen JF,DNZ,DWZ
Zeitungsladen	Müllerstr.131	offen JF und DNZ
Kiosk	U-Bahnhof Seestr.	JF
Zeitungsladen	Sansibarstr.26	offen JF
Zeitungsladen	Lüderitzstr.9	unterm Ladentisch DNZ und DWZ
Lebensmittelladen	Dublinerstr.7	angebl.f.1 Kunden DNZ und DWZ
Zeitungsladen	Ungarnstr.14	unterm Tisch f.1 Kunden DNZ
Zeitungsladen	Afrikanische Str.44	offen DNZ
Zeitungsladen	Brunnenstr.65	unterm Tisch f. 1 Kunden DNZ
Zeitungsladen	Soldiner Str.56	offen DNZ
Zeitungsladen	Soldiner Str.15	offen DNZ
Zeitungsladen	Soldiner Str.19	unterm Tisch DNZ
Kiosk	Prinzenallee 67	unterm Tisch DNZ
-itungsladen	Utrechter/Malplaquetstr.	offen JF,DNZ,DWZ
Zeitungsladen	U-Bahnhof Leopoldplatz(unterer Bahnsteig)	unterm T. JF
Kiosk	Gerichtsstr.57a	unterm Tisch DWZ,DNZ
Kiosk Reichelt	Torfstr.	offen JF
	Müller/Trifstr.	unterm Tisch JF
	Müllerstr.10-11	offen JF

STAND 8/94



In der Nacht vom 19. auf den 20. November wurde unser Freund Michael Gäbler, 18 Jahre, von einem »national eingestellten« Jugendlichen umgebracht. Wir rufen alle Menschen auf, mit uns gemeinsam gegen diesen Mord zu demonstrieren!

Am Sonnabend, den 19. November fand im offenen Jugendhaus Rosa-Luxemburg-Straße in Zittau eine Techno-Party statt. Im Laufe des Abends suchte einer der Gäste immer wieder Streit. Er provozierte mit sexistischen und sonstigen aggressiven Sprüchen. Darauf hin wurde er aufgefordert, das Haus zu verlassen. Da er dem nicht nachkam, wurde er von den VeranstalterInnen aus den Räumen getragen. Vor dem Haus setzte er seine Provokationen fort und fing eine Schlägerei mit einem der VeranstalterInnen an. Gleichzeitig warf er mit nationalistischen Sprüchen um sich. Da im «Jugendhaus Rosa» solches Gedankengut nicht geduldet wird, war klar, daß er dann zu gehen hatte.
Eine halbe Stunde später kam er unerwartet zurück und wollte wieder auf die Party. Er habe kein Geld und komme außerdem nicht nach Hause. Der Eintritt wurde ihm verweigert. Vor dem »Rosa« griff er verbal wieder drei Gäste an, darunter auch Michael.
150 Meter vom Jugendhaus entfernt diskutierten die vier. Als sich die beiden Freunde von Michael zum Gehen wandten, stach der Nationalist W. skrupellos auf Michael ein. Michael starb kurze Zeit später im Krankenhaus an den schweren Stichverletzungen in Rücken und Bauch.
Einer der Freunde wollte den flüchtenden W. verfolgen, traf aber 200 Meter weiter auf drei Männer, die er für Faschisten hielt. Sie hatten offensichtlich im Gebüsch auf mögliche Verfolger gewartet.

> In den heutigen frühen Morgenstunden wurde in Zittau auf der Rosa-Luxemburg-Straße ein 18jähriger aus Ebersbach bei einer tätlichen Auseinandersetzung mit einem Messer so schwer verletzt, daß er kurze Zeit darauf im Krankenhaus Zittau verstarb.
>
> Der später Getötete hatte im "Haus Rosa" eine Techno-Party besucht und war im Anschluß an diese Party mit einem anderen Besucher gegen 02.30 Uhr vor dem Haus aus bisher unbekannten Gründen in Streit geraten. Die Auseinandersetzung wurde zunächst verbal geführt. Die beiden Streitenden vereinbarten aber einen Kampf "Mann gegen Mann".

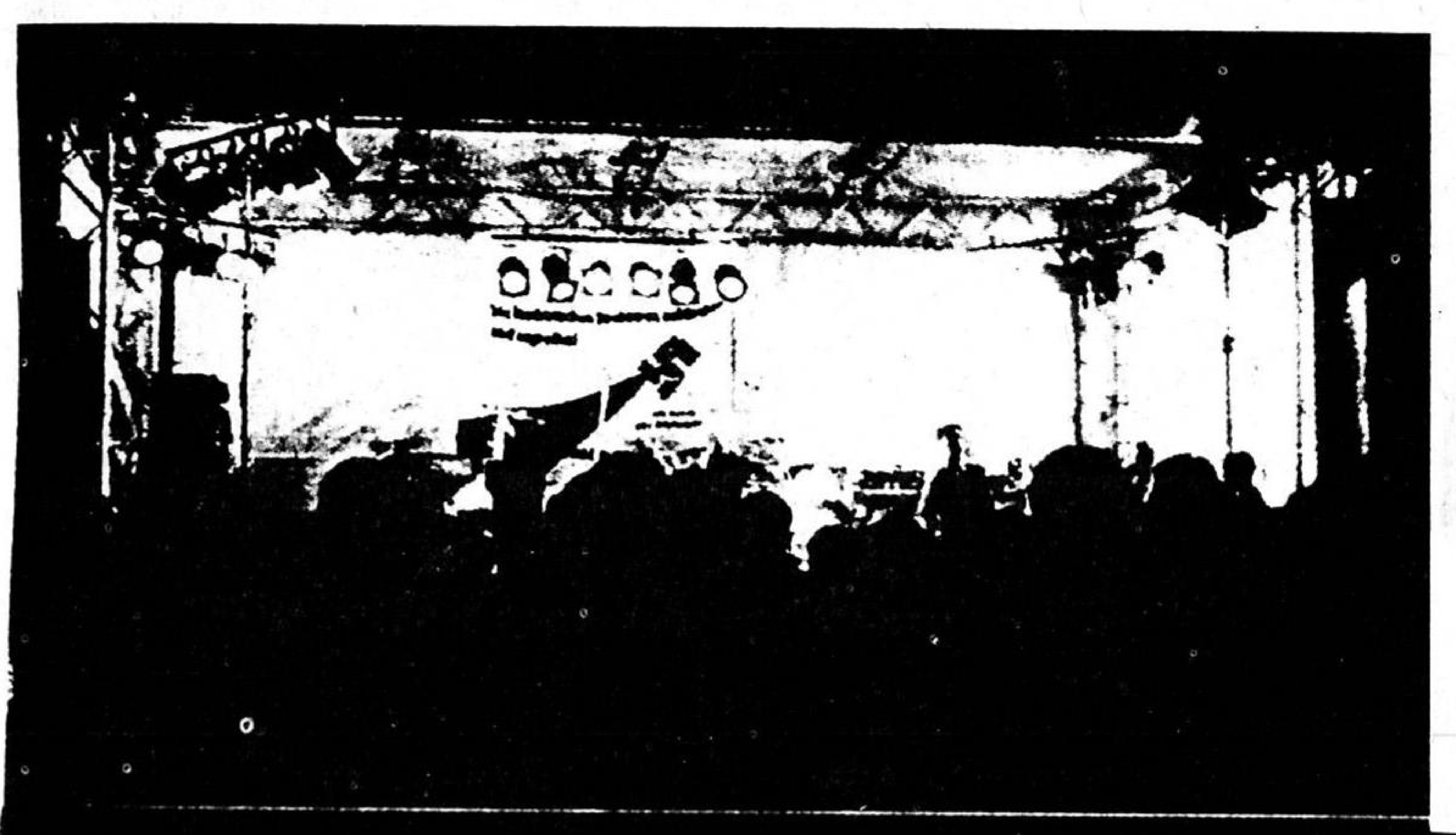
Mit Presserklärungen, die an die Görlitzer Presse geschickt wurden, versucht die Polizei, den Mord zu entpolitisieren und zu verharmlosen!

Polizei und Staatsanwalt leugnen politischen Hintergrund!

Polizei und Staatsanwaltschaft bemühten sich von Beginn an, den Vorfall zu entpolitisieren und den Eindruck zu erwecken, daß es sich um das »unglückliche Ende eines Streites« handle.
Der Mord an Michael reiht sich ein in eine ganze Serie von rechten Übergriffen. Dennoch gingen Polizei und Staatsanwaltschaft sofort davon aus, daß es sich um »einen Fall von Notwehr« gehandelt habe, es sei »kein politischer Hintergrund zu erkennen« gewesen. Für uns stellt sich die Lage in Zittau anders dar: Michael wurde vor dem Jugendclub »Clockwork Rosa« angegriffen und starb nach Messerstichen in Milz, Herz und Rücken. Discos, Jugendclubs und die Mensa der Universität sind zunehmend Ziele der Rechten. Immer wieder taucht in diesem Zusammenhang der »Nationale Jugend Block« (NJB) in der Südstraße auf:
Am 3. November überfallen zehn Rechte eine Party in

der Mensa, nachdem sie zuvor die anwesende Polizei begrüßten. Nur zwei der Angreifer werden festgenommen, als sie sich mit Beamten anzulegen versuchten. Am 4. November sind es bereits 25 Rechte, die erst in Jonsdorf eine Disco überfallen und mehrere Discotheken-BesucherInnen zum Teil schwer verletzen und dann eine Techno-Party im `Würfel´ in Zittau angreifen. Auch hier greift die Polizei nicht entschlossen durch.

Der Mord an Michael am 20. November ist ein vorläufiger Höhepunkt der Gewalt von rechts. Der Täter aus dem Umfeld des NJB wurde erst Tage nach dem Mord in U-Haft genommen, zunächst lief er wegen angeblicher Notwehr frei herum!



Antifaschistische Initiative in der Region: Im Sommer fand ein Straßenfest mit anschließendem Konzert in Görlitz statt, zu dem 600 Leute kamen. Für die antifaschistische Initiative!

Stopp dem rechten Terror...

Wer und was ist der »Nationale Jugend Block«? Der `NJB´ ist ein Verein, der in einem von der Stadt zur Verfügung gestellten Haus mit Geldern der Stadt Zittau und vom Land Sachsen nationale Gesinnung propagiert. An der Spitze des Vereins stehen der Vorsitzende Leubner und der sogenannte Pressesprecher Robert Pech. Das Haus in der Südstraße gilt inzwischen auch über Zittau hinaus als Zentrum der Rechten. Hier sammelt sich ein Kern von 20 bis 30 Leuten, der versucht, Jugendliche in der Stadt aufzuhetzen. Gelder und Sachspenden fließen über das UIFK e.V. (Unabhängiges Institut für Friedens- und Konfliktforschung) im Rahmen des Anti-Gewalt-Programmes der Bundesregierung, AGaG. Die AGaG ist bundesweit immer wieder in die Schlagzeilen gekommen, weil nahezu alle Gelder rechten Gruppierungen zur Verfügung gestellt werden, die zuständigen SozialarbeiterInnen überfordert sind oder offen mit den Rechten sympathisieren.

Die Überfälle der vergangenen Woche, der Tod von Michael sind auch das Ergebnis einer falschen Jugendpolitik der Stadt Zittau, des Landes Sachsen und der konservativen Bundesregierung in Bonn. Während hier die »Soko Rex« Fußballspiele mit den Rechten veranstaltet, werden Jugendliche zusammengeschlagen und ermordet - ganz »unpolitisch«. Wenn Jugendliche sich selbst zusammentun, um eigene Freizeitclubs aufzubauen, deutlich sagen, daß sie mit Rassisten und Nazis nichts zu tun haben wollen, wenn sie von Rechten angegriffen werden, hat der Bürgermeister »das alles kommen sehen« und gibt den Opfern die Schuld.

...und seinen Ausagngspunkten!

In einer Stadt, in der ein Jugendclub sich als »Nationaler Block« organisieren darf, rechte Schläger mobilisiert und trotz fragwürdiger Satzung Gelder erhält, wundern wir uns auch nicht über den Tod unseres Freundes Michael.

Dieses politische Umfeld wird von den ermittelnden Behörden ausgeblendet. Während bei Ermittlungen gegen AntifaschistInnen und andere Linke stets mit den schärfsten Tatvorwürfen gearbeitet und die «Bildung von terroristischen Vereinigungen» unterstellt wird, ist man bei RechtsextremistInnen darum bemüht, Fälle herunterzuspielen und EinzeltäterInnen «aufzubauen».

Dies ist kein Zufall. Staatliche Institutionen haben in der Regel ganz einfach kein Interesse daran, rechtsextremistische Strukturen ernsthaft zu bekämpfen.

Das Vereinshaus des «NJB» in der Südstraße wird vom Land Sachsen und der Stadt Zittau finanziell unterstützt. Die Südstraße bezeichnet sich selbst als Sammelbecken für «national gesinnte Jugendliche». *Von dort ging und geht noch rechtsextremistische Gewalt aus!*

★ Sofortige lückenlose Aufklärung des Mordes an Michael und des politischen Hintergrundes der Tat!

★ Wir fordern den Stop der Unterstützung der Nationalisten in der Südstraße durch Stadt und Land!

★ Kommt alle zur Demonstration in Zittau!

Antifaschistische Gruppen aus Zittau, Görlitz und Berlin

V.i.S.d.P.: Siegrief Groß, Klosterplatz, Zittau

Überregionale Demonstration: 10.12.´94 ★ 14 Uhr ★ Zittau, Klosterplatz

Wie lange soll das noch so weitergehen?

Seit Monaten herrscht in unserer Gegend (nördlicher Prenzlberg) Terror von den Nazis, vor allem von der FAP. Das geht los mit fast wöchentlichen Klebeaktionen und reicht bis zum Verprügeln von links aussehenden Menschen auf der Straße.
Nach der antifaschistischen Klebeaktion am Sonntag, den 4. Dezember zogen die Faschisten durch die Wichert- und Grellstraße, rissen die Plakate unter dem Schutz der Polizei wieder ab und jagten Antifas. Dabei wurde ein 14jähriger Linker brutal zusammengetreten.
Im Prenzlauer Berg gibt es viele besetzte Häuser, nicht weit von unserer Gegend entfernt. aber anscheinend merken sie nicht, was nördlich der S-Bahn alles abgeht, obwohl das schon mehrere Male bekannt gemacht wurde. Wir leben hier unter sehr harten Bedingungen: Immer nur den kürzesten Weg zur Straßenbahn oder S-Bahn, in der Gegend einlaufen geht gar nicht und einfach so draußen abhängen natürlich auch nicht. Vor allem von den FAP-Wohnungen in der Grellstraße, Greifswalder Straße und Wichertstraße geht der Terror aus.
Gestern Nacht (4. Dezember) wurde die ganze Gegend wieder massiv mit der Nazi-Propaganda zugeklebt, meistens mit Plakaten. Die Nazis kleben die Dinger und passen dann in der Nähe auf, ob sie wieder jemand abreißt. Bei einer Plakataktion der FAP im September sind in der Pasteurstraße (zwischen Greifswalder und Bötzowstraße) mehrere Antifas in eine solche Falle geraten, plötzlich standen etwa 15 Nazis neben ihnen, die kamen unter anderem aus der Pasteurstr. 17, aber auch aus der Bötzowstraße. Die Leute haben das zum Glück noch rechtzeitig gemerkt und konnten flüchten, aber so was kommt immer wieder vor.
Wir sind hier nicht mehr in der Lage, die Nazipropaganda alleine zu entfernen und wollen deshalb auch andere Antifas dazu aufrufen, endlich hier in unserer Gegend mehr aktiv zu werden. Wir paar Leute können hier nicht viel bewirken und hoffen sehr, daß auch mal andere Linke sich öfter mal in unseren Kiez wagen, um den Nazis Einhalt zu bieten. In Kreuzberg und anderen Bezirken geht das doch auch, warum kommen nicht mal öfters Gruppen zu uns?

Um diese Straßen rum kleben alle paar Wochen Naziplakate: Wichertstr., nördliche Prenzlauer Allee, Ostseestraße, nördliche Greifswalder Straße, Storkower Straße, Arthur-Becker-Straße, Grellstraße, Hosemannstraße, Bötzow-Kiez, S-Bahnhof Greifswalder Straße.
Hier treffen sich Neonazis:
Grellstr. 46 a; Kneipe "Drunter und drüber" (Wichert-/Dunckerstr.); Stierbrunnen (Bötzowstr.); Erich-Weinert-Straße gegenüber der Schule; Neubaublock und Clubs Greifswalder-/Storkower Str.

Bitte helft uns und werdet auch mal in dieser Gegend aktiv!

(Versuchter) Überfall von "Linken" auf einen Antifaschisten

Am 1. Dezember wurde ein Freund von uns morgens vor seiner Haustür von zwei vermummten Personen erwartet. Er rannte in Richtung Bushaltestelle, woraufhin die Vermummten ihn auf Fahrrädern verfolgten. Sie holten ihn ein, einer bremste vor ihm und einer hinter ihm. Er rannte auf die Straße, entgegen der Fahrtrichtung bis zur nächsten Bushaltestelle, wo gerade ein Bus hielt. Er stieg ein. Die Vermummten folgten dem Bus vier Stationen weit bis zum nächsten U-Bahnhof. Dort konnte er in die U-Bahn entkommen.
Ein paar Tage später (3. Dezember) erhielt er einen Anruf der "antifaschistischen" Gruppe CAC (Chaos Amok Crew), in dem sie dich zu dem Überfall bekannten, mit der Begründung, die CAC (gesprochen Kack) beleidigt zu haben. Sie drohten ihm, "sein Hirn aus dem Schädel zu schlagen, wenn er nochmal was gegen die CAC sagt"!
Die CAC ist eine Clique von ca. 8 Leuten, die sich selbst antifaschistisch nennen und hierarchisch aufgebaut ist. Sie sprüht Parolen wie "CAC gegen Spuk* und Nazis" (* Spuk ist eine berlinweite Antifa-Jugendgruppe), womit sie linke Gruppen mit Faschisten gleichsetzen. Außerdemnoch Sprüche wie "Keine neuen Atomwaffen, bevor die alten verbraucht sind". Parolen anderer antifaschistischer Gruppen (EPIs usw.)

werden übersprunt. Gleichzeitig werden sexistische Sprüche gegen Schwule gemacht.
M████ der vermeintliche Anführer der CAC, war vorher in "nationalistischen" und faschistischen Kreisen aktiv, er hat auch immer noch Kontakt zu Faschos. Außerdem trägt er T-Shirts der Naziband "Störkraft" und verteidigt die Fascho-Band "Endstufe", weil die "deutschnationale Skinheads sind, deren Feinde nun einmal die Kommunisten sind".
Den (versuchten) Überfall und die telefonische Drohung, die Parolen und Kommentare sowie einzelne Mitglieder der Gruppe halten wir für faschistoid. Daß Konflikte zwischen AntifaschistInnen bestehen, ist nicht Neues, aber bei diesem Angriff wurde ganz klar eine Grenze überschritten. Es hat nichts mehr mit Antifaschismus zu tun, anderen Leuten durch Einschüchterung den Mund zu verbieten. Daher sind wir für eine Isolierung der CAC in der linken Szene!

Mehere Antifas, die schon Kontakt zur CAC hatten.

weitersagen! Bitte weitersagen! Bitte Bitte weitersagen! Bitte Bitte weiters

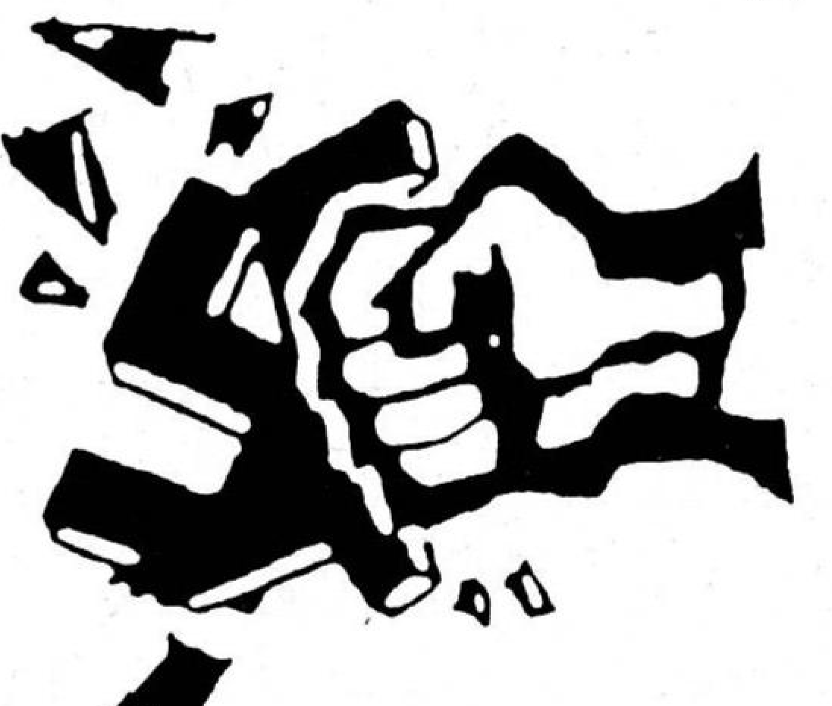
Unabhängige antifaschistische Gruppen :

Die REP´s laden ein - Wir kommen gerne!

Die Berliner Republikaner planen erneut eine Großveranstaltung. Kommenden Samstag treffen sie sich zu einem Landesparteitag. Dort wollen ca.150 Deligierte einen neuen Landesvorstand wählen.

Bereits am 26.11. versuchten die Rechtsextremisten u.a. mit ihrem Chefdemagogen Schönhuber einen „kleinen Parteitag" im Spandauer Rathaus durchzuführen. Das wurde durch eine antifaschistische Mobilisierung verhindert.

Auch diesmal wird die Antifa dabei sein und den REP´s in die Suppe spucken!!



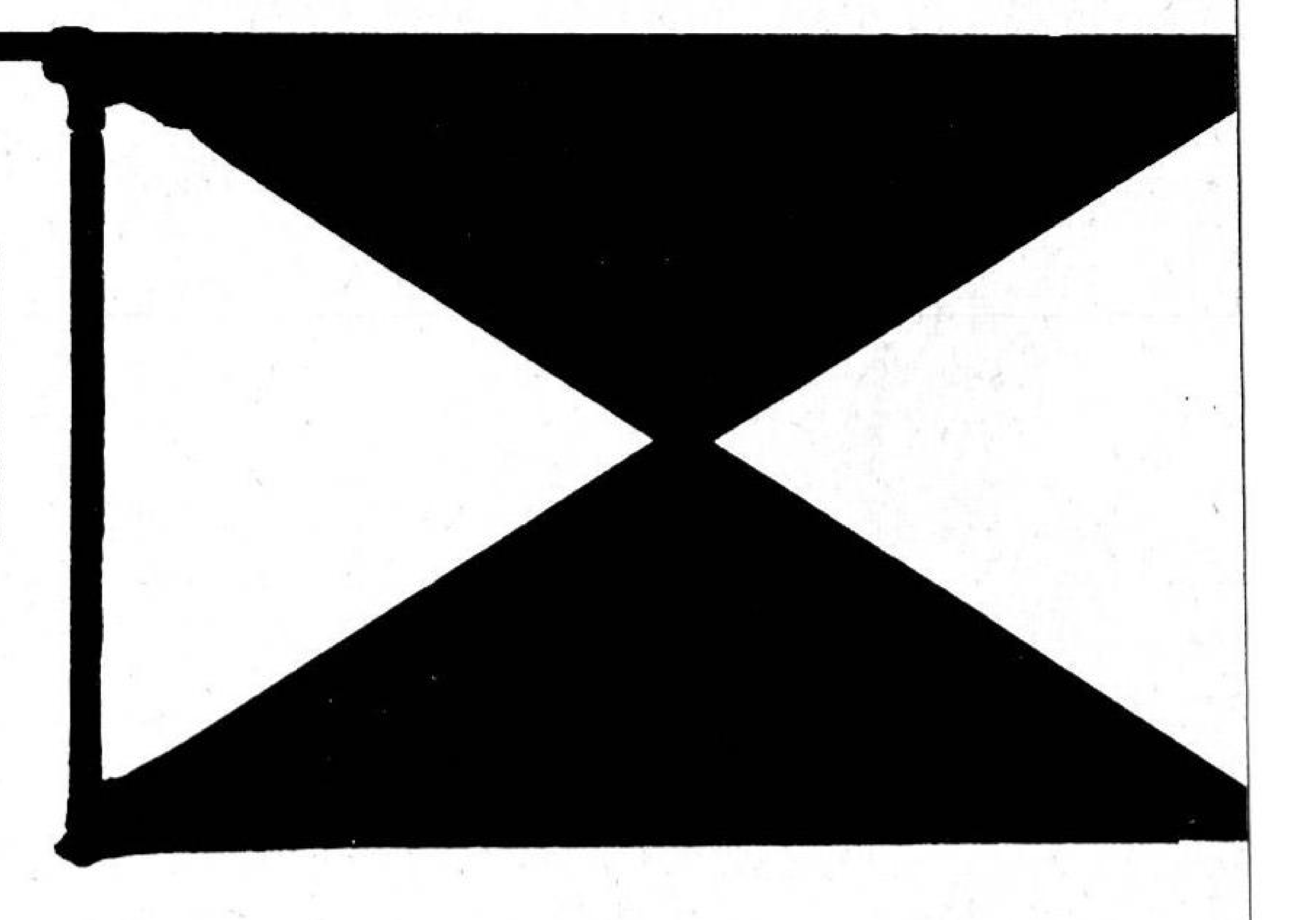
Nach den letzten Wahlen sind die REP´s schwer angeschlagen. Sorgen wir dafür, daß sie in der Versenkung verschwinden!

Keinen Raum für die REP´s!
Keinen Fußbreit für Faschisten!

Kommt alle zur Kundgebung gegen den REP - Parteitag!!

Samstag, 10.12.1994, ab 9 Uhr

Der Veranstaltungsort ist noch unklar. Soweit bekannt, kann er Freitag ab 17 Uhr unter Tel.: 442 6174 und den Infostellen erfragt werden.



Solidaritätsaufruf

Spendet Geld für die juristische Verteidigung von Andreas Landwehr und Karen Braun!!! Die beiden sind am 13.11.94 in der Türkei festgenommen worden, wegen angeblicher Kuriertätigkeit für die PKK. Um eine angemessene Verteidigung und Unterstützung der beiden gewährleisten zu können, wird dringend Geld benötigt.

Spendenkonto:
Jan Schulze-Husmann
Sparkasse Bonn,
Kto. 131 033 441
BLZ: 380 500 00

V.i.S.d.P. Freundeskreis zur Freilassung von Andi & Karen, c/o Asta Uni Bonn.

Polizeisportverein



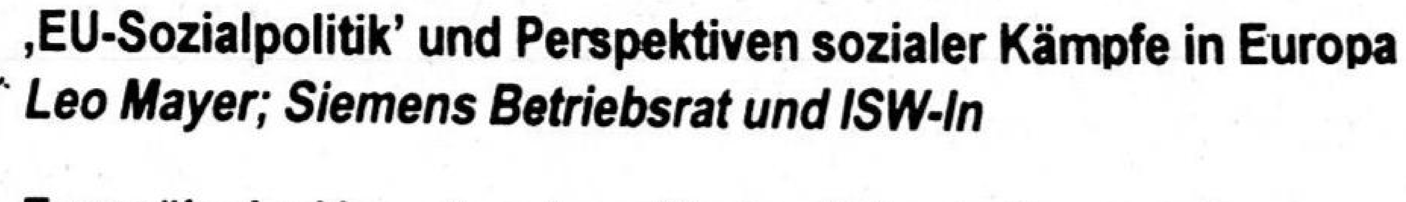
Autonome ANTIFA

‚Greifen wir gemeinsam nach den Sternen'

Bundesweite Demonstration

Samstag, 10. 12. 1994 ab 12 Uhr

Auftaktkundgebung ab 12 Uhr, Willy Brandt Platz (HBF Nordausgang)



‚EU-Sozialpolitik' und Perspektiven sozialer Kämpfe in Europa
Leo Mayer; Siemens Betriebsrat und ISW-In

Europäische Verantwortung für den Krieg in Kurdistan
Nilüfer Koc; Kurdistan Informationsbüro

Menschenrechte und politische Verfolgung
VertreterIn der Initiative ‚LIBERTAD'

Europatriachat und feministische Europa
Ingrid Strobl; Journalistin, angefragt

Die Redebeiträge werden von einem Kulturprogramm umrahmt. Die Dauer der Kundgebungen beträgt jeweils ca. eine Stunde.

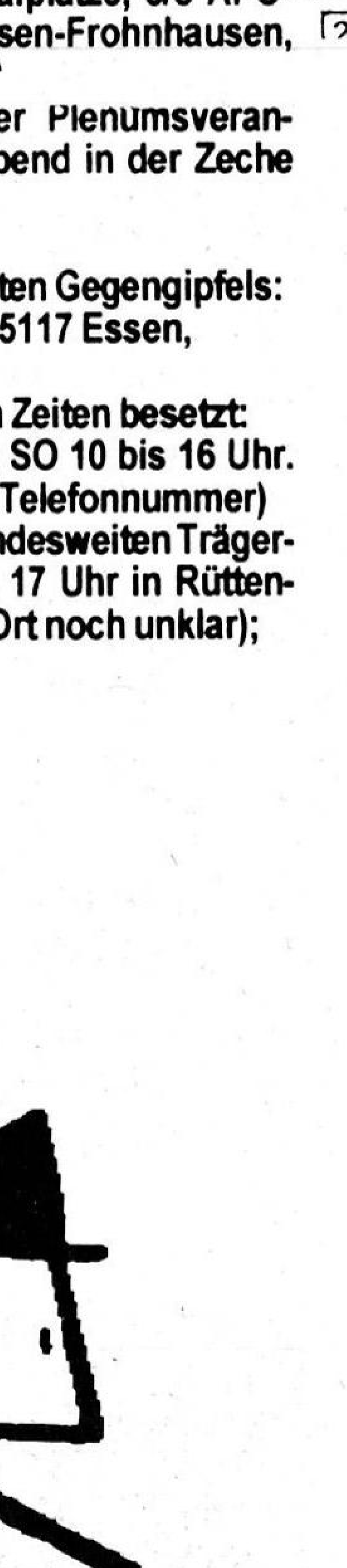
Organisatorische Informationen zur Demonstration:

Die Nummer des Ermittlungsausschuß wird vor der Demonstration bekanntgegeben!

Das Gegengipfelinfotelefon ist zu folgenden Zeiten besetzt: DO 19 - 23 Uhr; FR 13 - 23 Uhr; SA 10 - 20 Uhr (Ansonsten Anrufbeantworter)
tel-Nr.: 02 01 / 78 18 27 (Bitte keine EA-Informationen an diese Nummer)

Anlaufstelle für Auswärtige vor/während und nach der Demonstration:
Freiraum
Mathildenstr. 29
45130 Essen-Rüttenscheid
(Anfahrt ÖPNV: vom HBF Bahnlinie 106 oder Bus 45 od. 46 bis Haltestelle Cäcilienstr.)

Donnerstag 8. 12. ab 19 Uhr: Infovolxküche im Freiraum (s. o.)



Kontakt Schlafplatzbörse: AG Schlafplätze, c/o APO-Haus, Mühlheimerstr. 68, 45145 Essen-Frohnhausen, tel.: 02 01 / 70 26 01 (MO 19 - 22 Uhr)
Schlafplatzvermittlung während der Plenumsveranstaltungen Freitag und Samstag Abend in der Zeche Carl.

Pressezentrum während des gesamten Gegengipfels: Asta Uni Essen, Universitätsstr. 2, 45117 Essen, tel.: 02 01 / 1 83 33 92
Das Pressezentrum ist zu folgenden Zeiten besetzt: FR 16 bis 22 Uhr; SA 12 bis 22 Uhr; SO 10 bis 16 Uhr. (Bitte alle Medienanfragen an obige Telefonnummer)
Zentrale Pressekonferenzen des bundesweiten Trägerkreises: FR 16 Uhr Zeche Carl; SA 17 Uhr in Rüttenscheid nähe Abschlußkungebung (Ort noch unklar); SO 16 Uhr Zeche Carl

Programm des ‚Gegengipfels': 9. - 11. Dezember 1994

Freitag, 9. 12. 1994:

Aktionstag

Greifen wir gemeinsam nach den Sternen': tagsüber vielfältige Straßenaktionen in Essen

Auftaktveranstaltung zu Gegengipfel und Aktionswochenende: Grundsätzliche Perspektiven und Positionen der linken EU-Kritik

Redebeiträge: ‚Die Europäische Union: Auf dem Wege zur Weltmacht?' (Gregor Gysi, PDS); ‚Der neue Eiserne Vorhang: Die Festung Europa macht die Grenzen dicht' (Claudia Roth, Bündnis 90/Die Grünen); ‚Wohlstandsinsel Europa? Dynamik des Binnenmarktes und Perspektiven der sozialen Auseinandersetzungen in Europa' (Winfried Wolf, VSP/Konkret-Redakteur); ‚Ökoimperialismus und Naturzerstörung' (Jutta Ditfurth, Ökologische Linke)

18 bis 20.30 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Allee 100, Essen-Altenessen

Samstag, 10. 12. 1994

Bundesweite Demonstration

12 Uhr Auftaktkundgebung Willy Brandt Platz (HBF Nordausgang);
15 Uhr Abschlußkundgebung (Rüttenscheider Platz)

‚Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten': Alternative Positionen zu den Hauptthemen der Essener EU-Ministerratstagung

Redebeiträge: ‚Neoliberalismus und Monetarismus: Zur ökonomischen Dynamik von Binnenmarkt und Wirtschafts- und Währungsunion' (Frieder Otto Wolf, Bündnis 90/Die Grünen); ‚Ökonomische Modernisierung und Perspektiven des sozialen Widerstands in Europa' (Leo Mayer; Siemens Betriebsrat/ISW-Institut München); ‚Hinterhof der EU: Osteuropa als zukünftige EU-Peripherie' (Lasslo Andor, kritischer Ökonom Uni Budapest); ‚Vertiefung trotz Erweiterung: Kerneuropa-Konzepte und EU-Erweiterung' (Manfred Gmeiner/Gerold Ecker, Büro für Kritische Europainformationen/Wien)

18 bis 21 Uhr; Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Allee 100, Essen-Altenessen

Sonntag, 11. 12. 1994

Gegenkongreß:

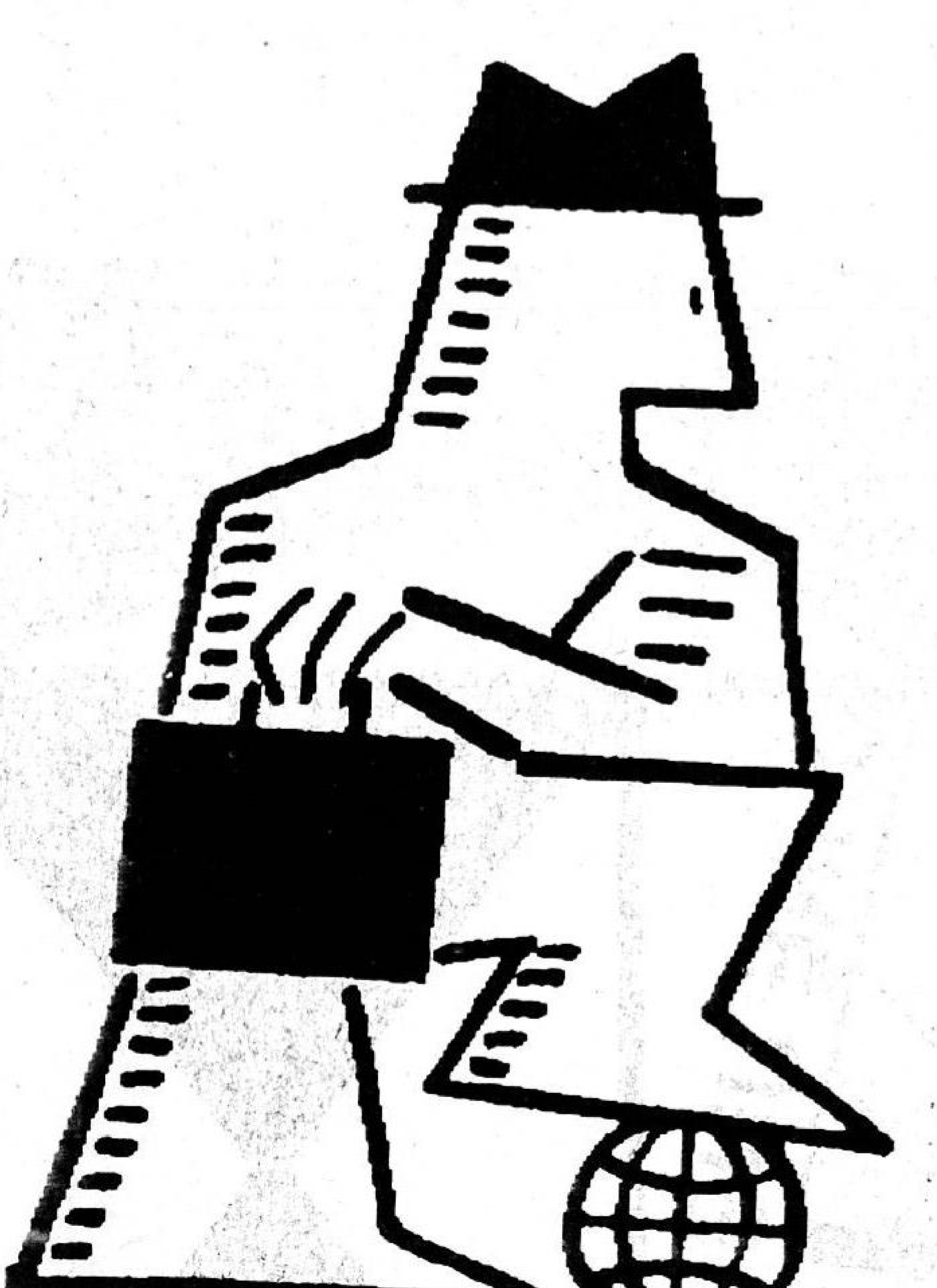
‚Perspektiven des Widerstandes und Alternativen für ein Europa von Unten'

Diskussion in vier thematischen Foren:

Forum 1: ‚Frieden, umwelterhaltendes Wachstum, Überwindung der Entwicklungsunterschiede in der Welt: Ist die Maastrichter Europäische Union eine Antwort auf die globalen Herausforderungen?'
Forum 2: ‚Neoliberaler Modernisierungsangriff und europaweite Klassenkämpfe'
Forum 3: ‚Festung Europa: Eurorassismus, Flüchtlingspolitik und die Mobilisierung der Alten und Neuen Rechten'
Forum 4: ‚Ökoimperialismus und Naturzerstörung'
Forumsdiskussion von 10 bis 14 Uhr (Es wird pünktlich angefangen!)

Abschlußplenum: Gemeinsame Perspektiven und Positionen des linken Widerstands in Europa (14 bis 16 Uhr)

Ort: Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Allee 100, Essen-Altenessen



Forum 2

Neoliberaler Modernisierungsangriff und europaweite Klassenkämpfe

„Dieses Europa, das niemals aufgehört hat vom Menschen zu reden, niemals aufgehört hat, zu verkünden, es sei nur um die Menschen besorgt: wir wissen heute mit welchen Leiden die Menschheit jeden dieser Siege des europäischen Geistes bezahlt hat (...) Europa hat endgültig ausgespielt, es muß etwas anderes gefunden werden."

Frantz Fanon

Charakter der europäischen Formierung

Der Kern des vermeitlich marktradikalen Binnenmarktprojektes besteht in einem großangelegten Abbau sozialer Rechte und der Erosion des fordistischen Klassenkompromisses. Der in diesem Zusammenhang oft verwendete Begriff ‚Deregulierung' verschleiert ganz bewußt, daß es um eine Neuordnung im Sinne der verschiedenen transnationalen Kapitalfraktionen geht. In der Konsequenz bedeutet die Sicherung des ‚Standortes Europa' die Rationalisierung gesellschaftlicher Beziehungen nach den Vorstellungen der herrschenden Klasse. Bestimmte wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen stehen einer leistungsorientierten Weiterentwicklung der kapitalistischen Gesellschaft im Weg und müssen verschwinden. Die Verbesserung der Verwertungsbedingungen der transnationalen Konzerne führt zu Massenarbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung ganzer Regionen.

Konflikte und soziale Auseinandersetzungen

Die so freigesetzten ‚Kräfte des Marktes' führen natürlich zu Auseinandersetzungen zwischen den nationalen Regierungen und den von ihr nicht länger unterstützten Teilen der Arbeiterklasse. Die Neustrukturierung der kapitalistischen Verwertung vollzieht sich nicht als reibungsloser Prozeß, sondern ruft neu entstehende Kämpfe und Kräfteverhältnisse hervor, die das Gelingen des kapitalistischen Projekts offen lassen.
In der BRD ist der Abbau überflüssiger Kapazitäten trotz aller Einschnitte noch relativ sozial abgesichert und durch moderate Gewerkschaften gedeckt. In Frankreich gab es dagegegen heftigen Widerstand gegen die Rationalisierungsangriffe. Die militanten Demonstrationen von Jugendlichen gegen das Billiglohngesetz oder der ebenso erfolgreiche Streik bei Air France zeigen, daß die Durchsetzung eines neuen Leistungszwangs auch an ihre Grenzen stoßen kann. Die Bewertung solcher Abwehrkämpfe durch die Linke reicht von der moralischen Überhöhung des Klassensubjekts bis zur völligen Ignoranz solcher Konflikte. Eine sachliche und nüchterne Einschätzung dieser Entwicklung ist mehr als überfällig.
„Die Menschen mögen in revolutionären Zeiten nach Moral und Ideal handeln, ansonsten prüfen sie einen politischen Prozeß danach, ob er ihr Leben besser oder schlechter macht."(Lutz Taufer)

Alternative und bürgerbewegte Debatte

In alternativen, reformistischen und bürgerbewegten Kreisen beschränkt sich die Kritik an der Integration auf die Art und Weise ihrer Umsetzung. Dahinter steht die Hoffnung auf die reformerischen Potentiale einer zivilisierten Europäischen Gemeinschaft und die Einschätzung, daß nur die Integration in ein Gesamteuropa deutsche Großmachtambitionen kontrollieren kann.
Die radikale Linke hat sich mit den Beweggründen und Konsequenzen der europäischen Formierung auseinanderzusetzen. Die Europäische Union ist kein Projekt, das nur von seinen Defiziten und internen Blockaden befreit werden muß, um dahinter Reformpotentiale, ‚Zivilgesellschaft' und demokratische Kontrolle zu entdecken. Eine Kritik der europäischen Formierung muß diesen Prozeß mit all seinen Konsequenzen in Frage stellen. Es kann nicht Aufgabe der Linken sein, hier alternative Politikberatung zu betreiben und den Mythos der Reformierbarkeit Europas weiter zu strapazieren.

Neoliberale Modernisierung und Klassenkämpfe in Europa

In den Auseinandersetzungen und Konflikten, die im Rahmen der EU-Formierung entstehen liegt eine mögliche Basis für eine linke politische Praxis und eine radikale Kritik des Herrschaftsprojektes EU. Auf der Ebene sozialer Bewegungen, linker Gruppen und Menschen die in diesen Kämpfen stehen ist eine europäische Vernetzung bisher nicht sehr stark ausgeprägt.
Jenseits populistischer Argumentationen liegt in der Kritik der EU-Formierung die Möglichkeit der Neubestimmung linker Politik und Praxis. Der soziale Angriff in Europa und der sich dagegen organisierende Widerstand soll Thema des Forums sein. Wir wollen mit Vertretern aus unterschiedlichen europäischen Ländern über die Stoßrichtung der sozialen Auseinandersetzungen, die Verankerung in der Bevölkerung und die politische Perspektive der Kämpfe diskutieren.

Zu den Referenten des Forums

Christian Frings, aus dem **‚Wildcat'-Zusammenhang**, wird sich in seinem Einleitungsbeitrag mit den neuen Kapitalstrategien in Europa und ihren Konsequenzen für die Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen und den Klassenkonflikt beschäftigen. Am Beispiel des VW-Konzerns wird die unter den Stichworten ‚lean production', Gruppenarbeit etc. stattfindene Veränderung der Produktionsstrukturen und Arbeitsbeziehungen analysiert. Dabei geht es sowohl um einen Überblick der Entwicklung prekärer Arbeitsverhältnisse in Europa, die tendenzielle Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses und die Ausweitung sog. ‚selbstständiger Beschäftigungsverhältnisse' als auch um mögliche Ansatzpunkte einer ‚Sozialen Gegenmacht von unten'. Die Zuspitzung des sozialen Antagonismus auch in den Metropolenländern wird am Beispiel verschiedener aktueller Streikbewegungen illustriert.

Carlos Vallejo, Betriebsrat bei der Automobilfirma **SEAT in Barcelona** und Aktivist in der linken Gewerkschaft **Comisiones Obreras (CCOO)**, wird über die sozialen Auseinandersetzungen im europäischen Musterland Spanien berichten. Die Gesellschaften der europäischen Peripherie müssen sich innerhalb der EU-Integration besonderen Anpassungsmaßnahmen unterwerfen, um den Anschluß an die Kernländer zu wahren. Die neoliberale Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierungspartei von Felipe Gonzales hat Hundertausende von Arbeitsplätzen vernichtet, zahlreiche Krisenregionen geschaffen und die Arbeitslosenquote auf über 20% geschraubt. Carlos Vallejo wird über die Auswirkungen der europäischen Formierung auf die ökonomische und soziale Situation in Spanien berichten. Dabei stehen Konflikte und Auseinandersetzungen um die Arbeitsbeziehungen im Vordergrund. Welche Gruppen der Bevölkerung sind betroffen und wie sieht der Widerstand gegen diese Politik aus.
Francesco Purposa aus dem autonomen Centro Sociali Leoncavallo in Mailand, wird sich hauptsächlich mit den sozialen Kämpfen der autonomen Gewerkschaften und der Jobber- und Arbeitslosenselbsthilfegruppen in Italien auseinandersetzen. Gerade in Italien gibt es eine reichhaltige Tradition von sich unabhängig von Parteien, Gewerkschaften und Institutionen organisierenden Widerstand. Die ökonomische und soziale Krise hat in Italien mittlerweile zum Zusammenbruch des etablierten Parteiensystems und zur Regierungsübernahme durch die Neofaschisten, die Lega Nord und Berlusconis Forza Italia geführt. Francesco Purposa wird sich darum bemühen die politische Systemkrise mit dem dramatischen Wandel der Ausbeutungsbeziehungen und zunehmenden sozialen Ausgrenzungen in Verbindung zu bringen.



K.O.M.P.L.O.T.T.

Im November saßen wir, einige Menschen aus dem Osten, wieder einmal zusammen und entwickelten Ideen und Vorstellungen für ein K.O.M.P.L.O.T.T..
Zunehmende Vereinzelung von Menschen, Projekten und Städten und die Suche nach wirksamen Oganisierungsformen sowie breiter inhaltlicher Auseinandersetzung waren die Motivation für dieses Treffen.
Im Rückblick und in Abgrenzung zu den gemachten Erfahrungen der letzten 4-5 Jahre politischer Arbeit im Osten stellten wir fest: Projekte entstanden und starben, viele junge Menschen kamen und blieben nicht, gute Kontakte wurden geknüpft und zerissen.
So sind auch wir fast zerissen von politischer Arbeit und alltäglichem Frust.
Ob die anonyme Kommunikation über Mehlboxen oder persönliche freundschaftliche Kontakte uns weitergebracht haben, ist sicher eine von vielen offen gebliebenen Fragen.
Klar ist, daß wir unterschiedliche Wege gehen und gegangen sind.
Die Frage ist, ob wir in "Sichtweite" bleiben oder in Grabenkämpfen aneinander vorbeirennen.
Für uns war eine Erkenntnis: Die OVT's (OstVernetzungsTreffen) waren zwar lebendig aber ohne inhaltliche Kontinuität. Jedes Treffen war ein Neuanfang und basierte nicht auf den Vorangegangenen. Diskussionen waren bestimmt von den "Lauten". Die leisen Stimmen wurden oft überhört.
Was wir wollen: Die Möglichkeit erspähen, aus der sich Treffen mit inhaltlicher Kontinuität ergeben, wo Gruppen wie auch Einzelmenschen eine fortlaufende personliche wie inhaltliche Auseinandersetzung finden.
Was wir uns vorstellen: Ist ein solidarisches Mit- und Nebeneinander. Unsere Perspektive nicht am Gegner zu orientieren. Uns unsere Unterschiedlichkeiten zu erklären, und daraus vielleicht ein gemeinsame politische Theorie und Praxis zu entwickeln.
Was wir uns wünschen: Schickt uns EURE Vorschläge zum WIE und WOZU !
Von unserer Seite wären da Themenvorschläge wie:
Selbstverwaltung, Antifaschismus, HERRschaft,
Frauen in der linksradikalen gemischten Szene

Außerdem möchten wir dieses K.O.M.P.L.O.T.T. noch vor dem Ostern stattfindenden Autonomie-Kongress schmieden.

Treffen
Thematisches
Ost
Linksradikales
Politisches
Munteres
Offenes
Konstruktives

Eure Vorschläge
sind wichtig,
weil allein machen sie uns ein.
die VerzapferInnen

Post an: Kontakt Kleber c/o Infoladen Weimar, Gerberstr.1., 99423 Weimar

Kurzbericht von der Autonomie-Kongress-Vorbereitung

Am Dienstag, den 29. 11. trafen sich im Blauen Salon ein paar Leute zwecks vorläufiger Auswertung des bundesweiten Vorbereitungstreffens in Erfurt. Immerhin war es dort im Verlaufe eines zwar nervenaufreibenden, jedoch zuweilen angenehmen Diskussionsmarathons von über 15 Stunden gelungen, sich doch tatsächlich auf einen gemeinsamen Strukturvorschlag für den Autonomie-Kongress zu verständigen. Da es aus Berliner Sicht erfreulicherweise gelungen war, Genossen aus Hamburg dazu zu überreden, ein Protokoll zu schreiben, steht es auch in deren Aufgabe, diesen Strukturvorschlag in allernächster Zeit schriftlich auf`s Papier zu bringen und herum zu schicken. Protokoll und gemeinsamer Autonomie-Kongressstrukturplan (uff, ein gruseliges Wort) demnächst ganz exklusiv in der Interim
In diesem Nachbereitungstreffen wurde im Anschluß zu Erfurt die Frage aufgeworfen, ob nicht die ganze Kongress-Vorbereitung hinsichtlich mehrerer Intentionen bislang gescheitert sei: Zum einen kann nicht, wie ursprünglich gedacht, behauptet werden, daß die ganze Kongressdiskussion bereits in den vorbereitenden Diskussionen stattgefunden hat. Auch aufgrund einer - vorsichtig formuliert- äußerst zurückhaltenden überregionalen Beteiligung anderer autonomer Gruppen und Spektren an zwischenzeitlich drei bundesweiten Treffen, ist eher davon auszugehen, daß die ganzen beabsichtigten Kongress-Diskussionen ganz konkret auf und während des Kongresses stattfinden werden. Zum anderen wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht der Wunsch sich mit der Kongressvorbereitung ein paar Zugänge zwischen "West" und "Ost"-Autonomen zu eröffnen, sich zwischenzeitlich als eine große, wenn auch gut gemeinte, Illusion erwiesen hat. Dabei erscheinen die in diesem Zusammenhang vorgetragenen guten Gründe von in der Tat "unterschiedlichen Bedingungen" in einer Art und Weise plausibel zu sein, daß es wiederherum in einer notwendigen gemeinsamen Handlungsperspektive betrachtet, viel zu beunruhigend ist. Jedenfalls produziert der ganz konkrete Verlauf der Kongressvorbereitung immer noch mehr Fragen als irgendwelche "Antworten". Und das ist dann ja auch ein guter Grund, einfach damit fortzufahren.
Genossen aus Detmold, berichteten uns in einem Brief, daß sie aufgrund fehlender Kohle leider nicht nach Erfurt kommen konnten. Jedoch beabsichtigten sie, zwei regionale Mobilisierungsveranstaltungen zum Kongress zu machen, in derem Zusammenhang sie sich dann auch erhoffen, danach mit einem ganzen Bus voller Leute Ostern gen Berlin zu fahren. Na denn, wir freu`n uns schon jetzt auf euch und eure Beiträge und heißen euch schon mal: "Herzlich willkommen !"
Von einer Vertreterin der "AG Junge Genossen" bei der PDS erreichte uns eine Anfrage, ob sie als "Beobachterin" am Offenen Kongressplenum teilnehmen könnte. Soweit uns die Leute von der "AG Junge Genossen" persönlich bekannt sind, finden wir sie ganz in Ordnung, und daß obwohl sie nun in einer Partei sind. Unser grundsätzliches Problem besteht aktuell aber darin, für das neue Jahr einmal genauer zu bestimmen, wie offen ein allmonatlich, via Interim, einberufenes "Offenes Kongressplenum" tatsächlich sein soll und kann. Aus diesem Grunde wurde auch die Beantwortung der Anfrage der "AG Junge Genossen" erstmal zurückgestellt. Wir wollen uns aber auf jeden Fall darum bemühen, einmal die Kongressidee bei einem Treffen der AG Junge Genossen" vorstellen zu dürfen.
Auf dem nächsten offenen Kongressplenum soll neben der traditionellen Weihnachstansprache unserer ersten Vorsitzenden, sowie den üblichen Gruß- und Geleitworten zum Jahreswechsel, noch einmal eine Zwischenbilanz von ein gelebtes Jahr Kongressvorbereitung gezogen werden. Im Anschluß sind für `95 die konkreten Perspektiven und Arbeitsaufgaben für den langsam aber unaufhaltsam näher rückenden Autonomie-Kongress zu beschwatzen.

Offenes Kongressplenum, Dienstag, den 20. Dezember 20 Uhr, Blauer Salon

GEGENKULTUR - KUNST - POLITIK
DIESE BLEIWÜSTE BEGREIFT SICH NEBEN DEM TRANSPORTIERTEN INHALT ALS EINE GRAFISCHE ILLUSTRATION DER KULTURELLEN EINÖDE DER AUTONOMEN LINKEN RADIKALEN SCENE !

es sieht nicht gut aus am ende des 20.jahrhunderts. rechtsruck, zurückdrängung emanzipatorischer bestrebungen, umstrukturierung in den städten, in der politik und in den köpfen, perspektivlosigkeiten, ohnmachtsgefühle, krise der autonomen linksradikalen bewegungen ...auseinanderdifferenzierung und isolation in sozialen zusammenhängen...
KULTUR: es ist von nöten, immer wieder "neue", verschiedene beschreibungen, blicke auf die gesellschaftlichen realitäten zu entwickeln. einen anderen takt, ein anderes tempo anzuschlagen, um zu fragmenten und versuchen von gegenentwürfen einer anderen gesellschaft, einer anderen politik, eines anderen denkens und handelns zu gelangen !
oppositionelle politik und gegenkultur "formiert" und artikuliert sich (nach innen und außen) über den raum, den die aktörInnen besetzen -politisch/kulturell- aber vor allem auch sozial erschließen. in berlin (und anderen städten) gibt es eine vielzahl dieser räume, die aus den bedürfnissen der einzelpersonen und gruppen heraus organisiert worden sind; es gibt scenecafes/kneipen, infoläden, demonstrationen, zeitschriften, kunsthäuser, besetze häuser, solipartys, wagenburgen, volxküchen, veranstaltungen, ausstellungen, konzerte...etc. -zum teil vernetzt, zum teil vereinzelt.
diese räume, scenen, orte sind ohne die geschichte der sozialen/jugend/emanzipatorischen bewegungen der 60er, 70er, 80er jahre nicht denkbar.
es geschieht in und aus diesen sozialen orten (räumen, konstellationen...), daß sich gegenkultur und politik, andere werte (moral), sprache, umgangs- und organisationsformen sich kritisch den herrschenden wert- und politikvorstellungen gegenüberstellen bzw. sich zu ihnen ins verhältnis setzen.(sicherlich sind diese nicht frei von widersprüchen...)
das suchen nach perspektiven, jenseits des reaktionären rollbacks, die kommunikation gegen die isolation, die informationsweitergabe, der austausch unter den aktörInnen, die reflexion des eigenen handelns/standpunktes macht diese orte/räume unverzichtbar, doch oft werden diese zu rückzugsgebieten ("subkulturelle inseln"), in denen durch selbstreduzierung (verhaltenskodexe sichern das soziale gefüge) gruppenidentitäten wachsen, die keinen gesellschaftlichen anspruch mehr haben, da sie sich nur noch auf sich sebst beziehen. ein sich abgrenzendes oder gar sektiererisches selbstverständnis ist dann keine seltenheit mehr. was dann nach "außen" dringt ist oft nur inhaltslose form/symbolik, die leicht vereinnahmt werden kann bzw.als innovativkraft für die "herrschende kulturwelt" dient. die multi-subkulturelle bandbreite ist in diesem sinne mehr eine bereicherung für die "herrschende" politik und gesellschaftsform, als daß sie diese kritisch (radikal) in frage stellt.

einige fragen...:

- autonomer kulturbegriff: gibt es den ? wo grenzt sich "unsere" kultur von der "herrschenden" ab und warum ? wie halten wir es mit der autonomie der kunst im gegensatz zu kunst als agitation/propaganda ?
- wie ist das verhältnis von kulturschaffenden und künstlerInnen zu der politischen/linksradikalen/autonomen scene ? wo laufen die abgrenzungen (der diversen scenen) untereinander, wo inspirieren sie sich - kommen sie zusammen ?
- stellen sich "politcheckerInnen" die frage nach der gestalterischen/ästehtischen form ihrer öffentlichen aktionen und wie diskutieren kulturschaffende ihre politischen inhalte?
- gibt es ein "wir", welches sich aus systemoppositioneller politik und kultur konstruiert/konstruieren läßt,- ist dieses überhaupt sinnvoll, und wenn, in welcher form?

- wie kann ein austausch zwischen kunst/kulturscene auf der einen und politscene auf der anderen seite aussehen ohne widersprüche zu verklären bzw vereinheitlichen zu wollen, wie sehen die "räume" aus in denen dieses schon stattfindet ?

wie schon mal gesagt:

wir von der kunstkulturfunaction AG der berliner kongress-vorbereitung wollen leute ansprechen, die ihre kulturelle/künstlerische arbeit als "gesellschaftlich/politisch" begreifen und darin eine priorität für sich setzten; wir wollen leute ansprechen, die ihre kreative arbeit von ihrem politikmachen trennen (müssen), da diese form kaum bzw. keinen raum in dem "politischen" alltag findet.

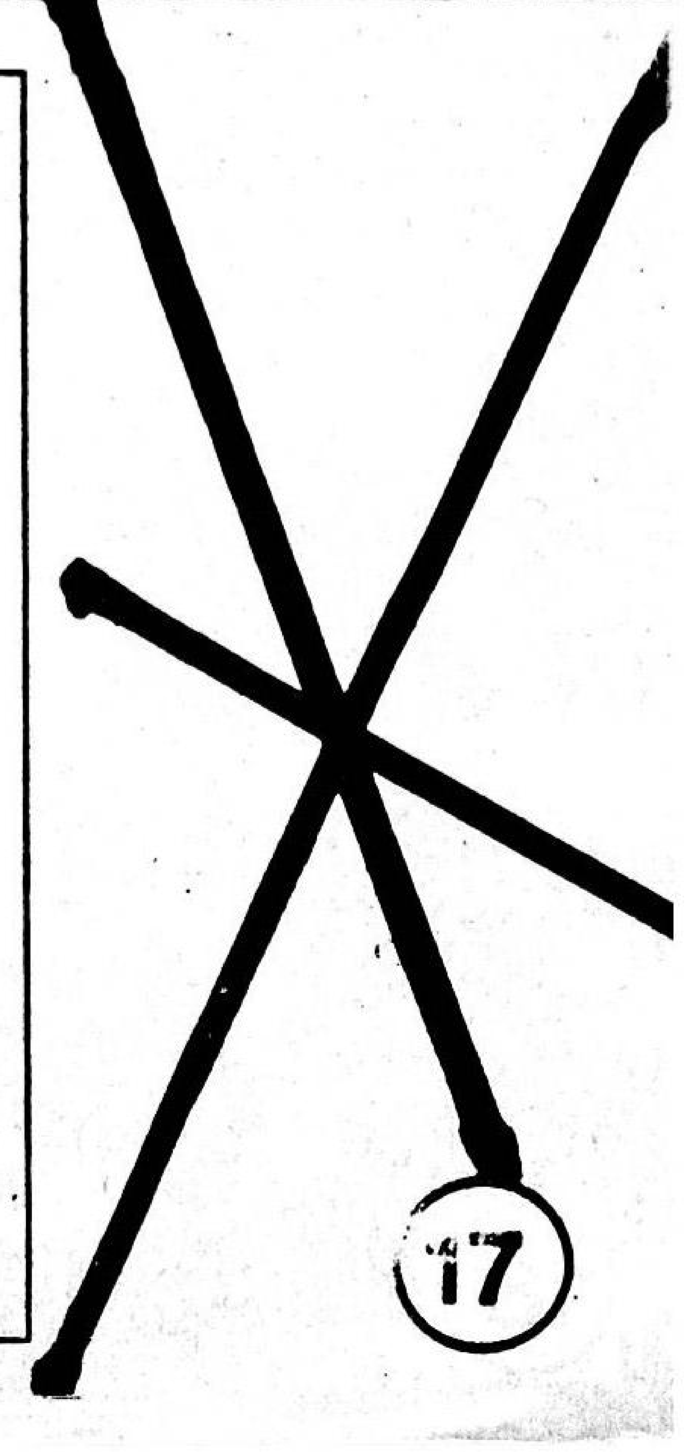
auf dem kongreß soll es unserer vorstellung nach ein kulturprogramm geben, welches sich nicht als begleitprogramm der politischen diskussionen versteht, sondern vielmehr als eigenständige form gesellschaftlicher auseinandersetzung (intervention) begreift. weiterhin wünschen wir uns, daß es leute gibt, die lust haben, sich in diskussionen mit anderen über kultur (...) auszutauschen, oder ihre arbeit vorstellen und dafür arbeitsgruppen vorbereiten.


wir gehen von drei bereichen auf dem kongreß aus, die wir organisieren müssen/wollen:
1) praktischer teil: konzerte, ausstellungen, theater, film, performance, lesungen....
...workshops (zb. siebdruck...)
2) theoretischer teil: dieser gliedert sich in die AG-struktur des kongresses ein (kulturkritik, autonomiebegriff in der kunst/kultur, frage nach neuen aktionsFORMEN, vorstellung von kunst/kulturprojekten, die mehr oder weniger in die politscene integriert sind,...)
3) 4.kongreßtag: spektakel, demonstration (öffentliche aktionen)

die veranstaltungen des "praktischen teils" sollen zumindest zum teil parallel (dh. in konkurrenz) zum theoretischen teil stattfinden, um das hierarchische verhältnis zwischen kunst/kultur und politik zu kritisieren und aufzubrechen.
kunst und kultur sollen in diesem sinne auf dem kongreß kein reproduktionsprogramm sein...

WIR LADEN EUCH EIN EUCH AN DER VORBEREITUNG DES KUNST UND KULTURPROGRAMMS AUF DEM AUTONOMIEKONGRESS MITZUWIRKEN.
OFFENES VORBEREITUNGSTREFFEN: 12.12.94 um 19.00 UHR,
BLAUER SALON, MEHRINGHOF, GNEISENAUSTR. 2a

(wer nicht kommen kann ist selba schuld, es sei denn er/sie kontaktiert uns via post: kongress ini
c/o kultur
gneisenaustr. 2a
10961 berlin)





Die Räumung des Abenteuerspielplatzes verhindern!

Am 30. November läuft die Frist der Räumungsaufforderung des Abenteuerspielplatzes Friedrichshain aus. Von da an muß jeden Tag damit gerechnet werden, daß die Polizei den Kinderspielplatz für das Immobilienunternehmen COMMERCIAL abräumt. Das werden wir nie und nimmer zulassen. Die Kinder im Kiez brauchen einen Abenteuerspielplatz und wir, die (ehemaligen und noch-) BesetzerInnen der Kreutziger Str. werden niemals einen selbstbestimmten Raum aufgeben, den wir uns geschaffen haben.
Es ist jetzt immer davon die Rede, daß es ja ein Ersatzgelände in der Revaler Str. gebe. Das ist für uns **keine Lösung**. Natürlich begrüßen wir, wenn dort ein Spielplatz entsteht aber abgesehen davon, daß es sich eh um ein völlig anderes Einzugsgebiet handelt:

Es gibt überhaupt keinen Grund, einen Kompromiß einzugehen. Der scheiß Baufirma Commercial geht es einzig und allein um die fette Kohle, die sie mit den anstehenden Zuschüssen und durch die lukrative Ladenzeile einfahren will. Warum sollten wir dem auch nur einen einzigen Zentimeter entgegenkommen?! Es gibt genügend Bauflächen, auch in Friedrichshain. Doch die werden fast ausschließlich mit Büros vollgebaut. Das ist Baupolitik gegen die Menschen, die hier leben. Von Büros haben wir hier alle nichts. **Es gibt also keinen Grund für uns, der Commercial und ihrer Mitstreiter im Bezirksamt einen Kompromiß anzubieten.**

Dazu kommt: Der Ersatzspielplatz an der Revaler soll anderen BetreiberInnen zugesprochen werden. Dahinter steckt ein politisches Kalkül. Die HausbesetzerInnen sollen nicht länger die sein, die im Kiez am vehementesten die Interessen der Kinder vertreten. Es soll verhindert werden, daß wir uns sozialpolitische Achtung im Kiez verschaffen. Im Übrigen soll ganz bewußt ein selbstverwaltetes Projekt, daß sich HausbesetzerInnen in Zusammenarbeit mit anderen AnwohnerInnen ganz unabhängig von den politischen Institutionen selbst aufgebaut haben, zerstört werden. Es ist **ein Angriff auf die Selbstorganisierung der Menschen**. Die Verantwortlichen bangen um ihren Alleinvertretungsanspruch, um ihre Autorität. Doch wir haben begriffen: Unsere Interessen können wir nicht vertreten lassen, wir müssen sie selbst umsetzen, wenn sie jemals Erfolg haben sollen.

Für uns gibt es also keinen Kompromiß. Der Spielplatz muß genau da bleiben, wo er gewachsen ist, wo die Kinder und Heranwachsenden ihn brauchen und haben wollen. **Die Commercial hat hier nix verloren.** Wir wollen keine Kapitalistenschweine, die ihre Geldinteressen gegen die BewohnerInnen im Kiez durchsetzen. Wir werden sie weder auf den Platz rauf, noch in Ruhe bauen lassen. Das Argument, daß aber Wohnungen gebaut werden müssen, können wir nicht akzeptieren, solange überall im Kiez die Bürohäuser aus dem Boden sprießen. Es gibt also keinen einzigen Grund, der Commercial ihr Geldprojekt durchgehen zu lassen.

Es ist, das wollen wir nicht nur der blauäugigen scheinpazifistischen Bündisfraktion sagen, nicht im geringsten unser Interesse, daß es im Zuge eines Räumungsversuches zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt, doch man muß sehen, wie die Dinge sind: Nicht wir sind gewalttätig. **Uns soll dieser sebstorganisierte Raum mit aller Gewalt genommen werden**. Dazu werden sie wieder die Büttel in Grün mit all ihren Waffen auffahren. Wir werden nur diesen Platz verteidigen, zusammen mit den Kindern, die auch um ihren Raum, den sie inzwischen als ihren eigenen sehen, streiten wollen.
Die Bündnisfraktion hat uns geschrieben, daß wir schön artig sein und das Ersatzgelände akzeptieren sollen. Sie haben nichts begriffen. Wer immer artig ist, ist am Ende der Arsch.
Widerstand ist legitim, Kapitalismus ist scheiße!

in diesem Sinne: einige autonome HausbesetzerInnen (V.i.S.d.P. und so)

Projekte der **Commercial GbR**, Bleibtreustr. 24 :
- Rheingoldstr. 19-20 (Lichtenberg)
- Landreiterweg. 46 (Buckow)
- Spandauer Burgwall 24-28 (Spandau)
- Berlineckestr. 1a (Steglitz)
- Rugestr. 6 (Steglitz)   (Nächstes Mal selber tippen!)

Einladung:

Die Erneuerungskommission Kottbusser Tor EK läd ein zur

Fragestunde zum Kinderbauernhof Mauerplatz

am **Dienstag den 13.12. 18 Uhr**

im Jugendzentrum Chip ,Reichenbergerstraße 44, U1 Kottbusser Tor

Bürger und Bauern fragen - Politiker antworten:

eingeladen sind:

für das Bezirksamt Mitte: der Bezirksbürgermeister,die Abteilungen Jugend undFamilie, Bildung und Sport,Bau und Wohnungswesen

für das Bezirksamt Kreuzberg: der Bezirksbürgermeister,die Abteilungen Volksbildung, Jugend und Sport ,Bau und Wohnungswesen

Ein/e Vertreter/in des Dachverbandes Berliner Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe

Wir vom Kinderbauernhof möchten Euch ganz dringend bitten,an dieser Veranstaltung teilzunehmen.Der Saal im Chip faßt 500 Leute.Laßt uns nicht alleine,bringt Eure Kinder Nachbarn und Freunde mit !

Der Kinderbauernhof Mauerplatz besteht seit fast 14 Jahren.
In den Köpfen verschiedener Politiker und Planer wurde er immer wieder zur Manövriermasse.
Im Laufe der Jahre haben wir den Eindruck bekommen,daß wir von den Politikern insbesondere der SPD und CDU nicht gewollt sind.Wäre da nicht die Schulplanung,würden sie vielleicht eine Kläranlage oder ein Parkhaus bauen wollen..Bloß das verkauft sich nicht so gut an die Wählerinnen.

Um eine Kindertagesstätte,Schule,Wohnungen,Gewerbe ... dort zu errichten soll der Platz Kindern und Nachbarn Schulklassen und Gruppen weggenommen werden.

Der Mauerplatz ist zu einem wichtigen Treffpunkt für Menschen verschiedener Altersgruppen und Nationalitäten gewachsen.Der Bauernhof ist ein offener Lernort für Menschen,die Verantwortung für Ihre Umwelt übernehmen wollen,im Umgang miteinander ,mit Tieren,im Garten und ist für uns hier nicht mehr wegzudenken.

Seit Januar 1994 wurde dem Kinderbauernhof die Senatsförderung gestrichen mit dem Hinweis auf den geplanten Bau einer Schule und einer Kita auf dem Gelände.
Seitdem arbeiten wir unbezahlt .Dank der Hilfe und Unterstützung vieler SpenderInnen war es möglich, die Arbeit auf dem Platz weiterzuführen, die Tiere zu füttern und sogar eine kurze Kinderreise zu machen..

Wir müssen ab nächstem Frühjahr wieder mit einer polizeilichen Räumung rechnen .
Vielleicht schlagen sie uns auch wieder vor , an einen anderen Platz umzuziehen anstatt etwas über Jahre gewachsenes bestehen zu lassen und ihre Schule, Kita(Kläranlage, Park- und Geschäftshäuser ...) woanders hinzubauen.

Janz Berlin is eine Baustelle!

Der einzige Abenteuerspielplatz in Friedrichshain (Kreutzigerstraße)soll den Bebauungslänen der Charlottenburge Firma Commercial weichen.**Der Platz ist akut räumungsbedroht.**
Die **Weddinger Kinderfarm** und der angrenzende **Abenteuerspielplatz Telux** sollen dem Bau einer 4-zügigen Grundschule weichen.

Wieso wird bei der Verwirklichung dieser Bauvorhaben immer wieder nach Plätzen gegriffen,die Kinder und Jugendliche für sich erobert haben?

Die verantwortlichen Politiker und Planer schaffen damit Probleme,die sie hinterher mit teuren kurzzeitigen Programmen (Antigewalt, Antidrogen , Antirassismus)in den Griff bekommen wollen.
Wir halten dies nicht nur für eine Verschwendung von Steuergeldern sondern überhaupt für einen Unsinn.
Wir fordern eine dauerhafte Finanzierung und vertragliche Absicherung der Einrichtungen im Kinder und Jugendbereich und die Anerkennung dieser wichtigen integrativen Arbeit!
Wir fordern die verantwortlichen Politiker und Planer auf, sich endlich einmal mit den Konzepten,Ansätzen und Meinungen der unabhängigen Fachöffentlichkeit zu befassen! (Fachtagung Spiel-und Lebensraum Großstadt,Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze, Professor Robert Jungk,BUND, Verband der Kinder und Jugendprojekte und viele andere...)

Wir brauchen Eure Hilfe und Unterstützung!

Kommt am Dienstag, den 13.12. um 18 Uhr ins Jugendzentrum CHIP und redet mit!
Vielleicht finden wir gemeinsam einen gangbaren Weg aus diesem Labyrinth.

SCHLAGLICHTER - SACHZWÄNGE - OFFENE FRAGEN

Wird es im Frühjahr 1995 wieder zu einer polizeilichen Räumung kommen ?
Das Bezirksamt Kreuzberg mit SPD und CDU Mehrheit will im Frühjahr 1995 mit dem Bau einer 2-zügigen Grundschule auf dem Kinderbauernhof beginnen.
Der Bezirk Mitte hat dem Bezirk Kreuzberg einen Ersatzstandort für die Schule angeboten (Flurstück 71 an der Heinrich-Heine-Straße ,5376m² Fläche),um den Kinderbauernhof für die Kinder aus Kreuzberg und Mitte zu erhalten, solange bis Mitte einen Schulstandort benötigt.
Stadträtinnen aus Kreuzberg und Mitte arbeiten an einer Nutzungsvereinbarung:
(Kreuzberg bekommt den Schulstandort in Mitte,Mitte bekommt eine Option auf den Mauerplatz)
Der Schulsenat sagt; das Gelände in Mitte sei zu klein für die Schule und es müsse unbedingt an dem Standort auf dem Kinderbauernhof festgehalten werden.

**SIE WÜRDEN UNS GERN ANS ENDE DER WELT TREIBEN
ABER DIE ERDE IST RUND!**

V.i.s.d.p.: Kinderbauernhaf am Mauerlatz e.V.,Leuschnerdamm 9,10999 Berlin



Der Buchladen Rote Strasse in Göttingen informiert

Zu den laufenden Verfahren wegen §129a

Zwei Frauen rauben Banken aus und verteilen die Kohle an die Armen und Bedürftigen in der Ex-DDR. Ihre Neuauflage des Robin-Hood-Mythos macht sie berühmt, wie der berühmtere Fisch im Wasser schwimmen sie in der Bevölkerung. Die örtlichen Bullen sind hilflos und eher «nett» und wollen die beiden kriegen, aber nicht bekämpfen. Dann der Auftritt des BKA. Ein Bulle aus dem Westen, mit schwarzer, verspiegelter Sonnenbrille und bald in Kampfstiefeln, bildet eine Sonderkomission. Er will die beiden Frauen haben, tot oder lebendig. Um effektiv arbeiten zu können, setzt er eine medienunterstützte Ringfahndung nach zwei gefährlichen, bewaffneten Terroristinnen in Gang. Auf die Frage eines der eher «netten» Bullen, was der ganze Quatsch denn solle, bekommt dieser die Antwort vom BKA, um Erfolg zu haben, müsse man den Bankräuberinnen die Basis in der Bevölkerung entziehen. Was auch prompt geschieht, die Blockwart-Mentalität überholt schnell den Romantizismus der Bevölkerung, während der eher «nette» Bulle seine Sachen packt und den Kram hinschmeißt.
Das ist Fiktion, in groben Zügen die Handlung des gerade laufenden Kinofilms «Burning Life», der von diversen «Landesfilmförderungen» finanziell unterstützt wurde.
Ende März 1994 betritt eine Kriminalobermeisterin, verkleidet natürlich, die Geschäftsräume des Buchladens Rote Straße in Göttingen. «Zufällig» kauft sie dort ein Diskussionspapier, in dem es um das Verhältnis der RAF zum Spitzel Klaus Steinmetz, um die Debatte mit und unter den politischen Gefangenen und um die Neubestimmung von Perspektiven revolutionärer Politik geht.
Anfang Juli dringt eine Gruppe von Männern in der Frühe in die Geschäftsräume des Buchladens ein, indem sie die Tür aufbrechen. Zwei Stunden sind sie allein im Laden, bevor Angehörige des Buchladen-Kollektivs dazukommen. Sie beschlagnahmen einen Haufen Papier: Flugblätter, alte Broschüren, Post an Gruppen, die ihre Postadresse im Buchladen haben. Gleichzeitig richtet sich die Durchsuchung - mit einem zweiten Durchsuchungsbefehl - gegen ein Mitglied der autonomen Antifa (M), die ebenfalls ihre Postadresse im Buchladen hat und gegen die zeitgleich eine groß angelegte Razzia läuft.
Ende November flattert eine Anklageschrift ins Haus, in der den GeschäftsführerInnen des Buchladens Rote Straße vorgeworfen wird, «durch zwei Straftaten gemeinschaftlich handelnd für eine Vereinigung geworben zu haben, deren Zwecke und Tätigkeiten darauf gerichtet sind, Mord, Totschlag, Straftaten gegen die persönliche Freiheit (...) zu begehen». Kurz: sie sind der Werbung für eine «terroristische Vereinigung» angeklagt, weil sie eine «Erklärung der terroristische Vereinigung 'Rote Armee Fraktion/RAF'» verkauft haben sollen und weil zwei Broschüren «Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte» (6. Auflage, 10-12.000!) bei der Durchsuchung des Buchladens beschlagnahmt wurden.
Am 30.11.94 titelt das Göttinger Tageblatt auf der allerersten Seite: «Buchladen mit RAF-Lektüre», ohne natürlich auch nur bei uns nachgefragt zu haben, während in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung gleich zu lesen ist: «Göttinger Buchhändler als Terroristen angeklagt». Die Frankfurter Rundschau zitiert die Sprecherin der Staatsanwaltschaft Celle mit den Worten, die Anklage beruhe darauf, daß «mit Mitteln der Propaganda zur Stärkung der terroristischen Rote Armee Fraktion im Wege der Sympathisantenwerbung» aufgerufen werde.

Weder die einkaufende Kommissarin noch die jungen Männer, die in den Laden einbrachen, noch die Sprecherin der Staatsanwaltschaft trugen Springerstiefel und wahrscheinlich auch keine schwarzen Sonnenbrillen, obwohl die Art, wie Anfang Juli während der Razzia in andere Häuser eingestiegen wurde, durchaus daran erinnern mag.

Der Buchladen Rote Straße wird von einem Kollektiv betrieben. Es bemüht sich - so schrieben wir im November 1983 -, «durch gedrucktes Gegenöffentlichkeit in dieser Stadt herzustellen. Gegenöffentlichkeit - das heißt für uns Schwerpunktsetzung auf Literatur,

- die schwer zu bekommen ist
- die verschwiegen wird
- die wir wichtig finden, weil sie Diskussionsprozesse innerhalb der Linken initiiert, aufgreift und weitertreibt,
- mit der Büchertische zu den jeweiligen Themenschwerpunkten von uns versorgt werden.»

Dem haben wir heute nichts hinzuzufügen, außer vielleicht, daß dieser Anspruch noch wichtiger geworden ist.
So zitiert uns auch die Staatsanwaltschaft (Besuche verdeckter Ermittler gehören offensichtlich zum Geschäft) in der Anklageschrift. Sie interpretiert das allerdings so, daß wir uns auf «zeitkritische, revolutionäre, linksradikale und auch linksterroristische Literatur und politische Schriften spezialisiert» hätten, womit wir uns auch noch «weit über Göttingen hinaus einen Namen» gemacht hätten. Der Papierwust, der bei der Durchsuchung beschlagnahmt wurde, unterstütze diese Einschätzung nach der Meinung der Staatsanwaltschaft. Tatsächlich beschlagnahmt wurden: alte Zeitungen, alte Broschüren, Kopien aus unserem Keller, vielfältige Post aus den Postfächern der Gruppen, die ihre Postadresse bei uns haben, «1 Buch 'Kurz-Titel-Katalog', ausgehöhlt zum Verbergen von Gegenständen» (in dem verborgen eine befreundete Buchhandlung uns eine Flasche Wodka zu unserem 20-jährigen Bestehen schenkte - ganz öffentlich) - und die beiden Broschüren, um die es in der Anklageschrift ebenfalls geht.
Unter dem Punkt «Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen» wird diese staatsanwaltliche Einschätzung - «Ermittlung» ist für diese Mischung aus Glauben und Lüge ein sehr hohes Wort - als Wahrheit vorgetragen, von dem die Anklage ausgeht und die unsere «Gesinnung» klar mache. Dieser Einschätzung folgt eine lange und ausführliche Beschreibung der «Postfächer» verschiedener Gruppen bei uns, als ob die Ermittler morgens dabei gewesen wären, wenn wir unsere tägliche Post bearbeiten. Es wird geschildert, wie wir als «Deckadresse» für Gruppen, die «nicht mit ihrer eigenen Anschrift in die Öffentlichkeit gehen wollen», benutzt werden. Und richtig konspirativ hätten wir jeden Tag mit inneren und äußeren Briefumschlägen zu tun und dergleichen mehr Phantasien, die eher aus billigen Spionagefilmen stammen.
Diese propagandistische Mischung aus Lügen, blühenden Staatsanwalts-Phantasien und Bruchstücken unserer Selbstdarstellung dient nur einem: sie soll eine «Gesinnung» verdeutlichen und ein Klima schaffen, in dem eine Vorverurteilung mehr als sichergestellt ist. Die Sprache wird so «gewählt» - ob in der Anklageschrift oder in ihrer Verlängerung in diversen Zeitungsmeldungen -, daß sie die Vorverurteilung implizit transportiert. In ihrer Begrifflichkeit und der wahllosen Zusammenstellung aus dem Zusammenhang gerissener Bruchstücke wird der «gesunde Menschenverstand» angesprochen, für den alles, was irgendwie mit «revolutionär» oder mit der «Umwälzung des Bestehenden» zu tun hat, schon per se schuldig ist.
In und zwischen den Zeilen wird aber deutlich, worum es denn tatsächlich geht. Es geht darum, mit strafrechtlichen Mitteln eine Institution anzugreifen, die sich der allgemeinen medialen Gleichschaltung nicht unterwerfen mag und auch noch darauf beharrt, die sich nicht davon abbringen läßt, Gedrucktes der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten, und deren MitarbeiterInnen (alle, nicht nur die GeschäftsführerInnen) noch sich dem alten Aphorismus Adornos, es gäbe kein richtiges Leben im Falschen, verpflichtet fühlen, und etwas dafür tun.

damit sich das Falsche ändert. In diesem Rahmen verstehen die Einzelnen auch ihre Arbeit als Buchladen-Kollektiv.
Die vielfältigen Gruppen, denen es in Göttingen um Ähnliches geht, sind zumeist nicht als Verein organisiert und haben deshalb auch kein Vereinslokal mit Briefkasten. Ihnen stellen wir ein Stück Infrastruktur, etwas für uns Selbstverständliches, ohne daß es bedeutete, mit ihnen immer einer Meinung zu sein.
Diese vielfältige linke «Kultur» in Göttingen, relativ außergewöhnlich in bundesweitem Maßstab, die sich auch praktisch äußert und in die Teile der Gewerkschaften und selbst Teile der SPD mit einbezogen sind, ist dem Staatsschutz schon seit langem ein Dorn im Auge. Kein Zufall ist es deshalb, daß die Anklageschrift am 17.11., dem 5. Jahrestag der Ermordung Conny Wessmanns durch einen Bulleneinsatz, abgeschickt wurde, da eben gerade am 17.11.89 eine ganze Menge Menschen in Göttingen merkten, wie es um die hiesigen Verhältnisse bestellt ist, und dadurch aufgerüttelt wurden. In dieser Atmosphäre werden diejenigen, die identifizierbar sind, zu StellvertreterInnen fürs Ganze gemacht - was nichts anderes heißt, als daß es der Zufall der Identifizierung ist, der eine Ermittlung oder Anklage nach sich zieht. Dem Staatsschutz sind in der Regel konkrete Einzelne egal, da es ihm vielmehr um die Zerschlagung und Durchleuchtung von Strukturen geht.
Der Buchladen Rote Straße ist ein ganz normales öffentliches Geschäft. Durch die herrschende Eigentumsordnung erzwungen, gibt es zwei GeschäftsführerInnen (einen Mann und eine Frau im übrigen, woraus im üblichen Sexismus der Medien «2 Männer» werden). Sie werden zu StellvertreterInnen des gesamten Kollektivs gemacht, und darüberhinaus wird an ihnen der «Unmut» der Staatsanwaltschaft über die gesamte «Szene» exekutiert. Denn alle Versuche, die «Szene» zu durchleuchten, scheitern in der Regel daran, daß sie kein strafrechtlich »relevantes» Material zu Tage bringen, mit dem die Szene mundtot gemacht werden könnte. (Und selbst bei Einzelnen scheitert das oft, da es eben um Politik und nicht um «kriminelle Handlungen» geht).
Das beliebteste Mittel des Staatsschutzes zur Durchleuchtung ihm unbekannter Strukturen ist der §129a. Seine Geschichte und Wirkungsweise brauchen nicht rekapituliert zu werden, sie sind hinlänglich bekannt. Der §129a ist ein Ermittlungsparagraph, da er dehnbar wie bestes Gummi ist. Gleichzeitig dient er eben deshalb der massiven Einschüchterung derer, gegen die ermittelt wird, und ihres Umfelds. Jede Ermittlung und erst recht jede Anklage nach §129a sind insofern politische, als sie sich gegen ein Bewußtsein richten, das das, was wahr ist, auch äußert. Diese Äußerungen zu verhindern, ist Sinn und Zweck des §129a.
So auch in der Anklage gegen den Buchladen. Auf den Inhalt der beiden «Druckschriften», auf denen die Anklageschrift beruht (von denen die eine schon ca. 11.000 mal verkauft wurde - was in der Logik der Staatsanwaltschaft und des LKA's 11.000 UnterstützerInnen und Werbende produziert. Also schnell mal im eigenen Bücherschrank nachsehen...), genauer einzugehen, widerspricht erstens dem Geist der Anklage, da es nicht um die Schriften, sondern um die Meinung der Lesenden geht, und würde zweitens eh nur hanebüchenen Unsinn zu Tage fördern, insofern es um die «strafrechtliche Relevanz» des Inhalts geht.
Jede Unterstellung des Staatsschutzes, «Druckschriften» und/oder ihre VerteilerInnen könnten für etwas werben, für «Mord und Totschlag» z.B., geht davon aus, daß die, die die Texte lesen, dumm sind. Der Schutz der Öffentlichkeit vor Schriften mit werbendem Charakter spricht der Öffentlichkeit genau die Denkfähigkeit ab, auf deren Fehlen jede Unterstellung des Staatsschutzes gerade beruht. Ob jemand aus dem Studium der gesellschaftlichen Verhältnisse den - vernünftigen - Schluß zieht, die auf Ungleichheit und Macht beruhende Gesellschaftsstruktur zu bekämpfen, hängt nicht davon ab, ob er oder sie «werbende» Schriften liest, sondern davon, daß, ob und wie diese Struktur die Einzelnen an Glück und Entfaltung ihrer Freiheit hindert und ihnen stattdessen Schmerz zufügt, und davon, ob die herrschende Unterdrückung reflektiert werden kann. Es ist immer wieder sonderbar, daß jene Schriften in jeder Bibliothek stehen und überall frei verkäuflich sind, die tatsächlich dazu aufrufen, über die Gesellschaft, so wie sie ist, nachzudenken, und infolgedessen zu ihrer Umwälzung aufrufen. Selbstverständlich gibt es sie auch bei uns. Das macht um so deutlicher, daß es nie um Texte geht, sondern um das tatsächliche Bewußtsein von der Notwendigkeit der Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft. Konsequenterweise hat das LKA im Juli auch weder Bücher von Marx noch über feministische Theorie, weder welche von Bakunin noch von Adorno oder Rosa Luxemburg beschlagnahmt. (Was nicht heißt, daß frühere Staatsschutz-Behörden jeder Couleur das nicht wußten: zu ihren Lebzeiten wurden sowohl die AutorInnen als auch ihre Schriften regelmäßig verfolgt).
Der Staatsschutz ist für den Schutz des Staates da und damit zum Schutz der bestehenden Ordnung der Gesellschaftsstruktur. Da die Linke nicht «kriminell» ist, sondern ein politischer Faktor, der den reibungslosen Ablauf der Dinge stört, sofern sie auf ihren Einsichten beharrt, wird sie «kriminell» gemacht, denn die theoretische und praktische Kritik am herrschenden Unrecht kann politisch-argumentativ nicht widerlegt werden. Immer und überall war das bisher so, und so ist es auch jetzt. Die, die sich dem Bann des Bestehenden nicht ergeben, können nur stumm gemacht werden, wenn der Staatsschutz auf die Idee kommt, ihre Theorie oder Praxis könne dem Staat bedrohlich werden. Im Übrigen war die Linke im Nachkriegsdeutschland noch nie eine wirkliche Bedrohung für die real existierende bürgerliche Gesellschaft.
Das Recht, auf das der Staatsschutz sich beruft - der §129a -, ist nichts anders als vergangenes Unrecht, zu Recht geronnene Gewalt der Sieger der Geschichte. Der Zynismus, der darin liegt, aufs Recht sich zu berufen, um das herrschende Unrecht zu rechtfertigen und zu schützen, war immer schon Privileg der Sieger. Mit Argumenten ist ihm nicht die Stirn zu bieten, da er diesen gar nicht zugänglich ist. Wer gibt schon aufgrund besserer Argumente seine Macht auf?
Und natürlich geht es dem Staatsschutz nicht um die RAF oder Sympathie oder Werbung für sie. Er hat die Vielfalt von Widerständigkeit im Auge, die von den Versuchen, Abschiebungen zu verhindern, bis zum tätlichen Rausschmiß von Nazis aus der Stadt und militantem Selbstschutz reicht. So blöde, daß der Staatsschutz «reale» Verbindungen vom Buchladen zur RAF annimmt, die über die «normalen», die selbstverständliche Solidarität mit politisch Verfolgten und dem Öffentlich-Machen von «Druckschriften», hinausgeht, ist er auch nicht, selbst wenn er so tut als ob.
Einzig und allein eine Kosten-Nutzen-Rechnung oder eine öffentliche Macht, die ihm Schranken setzt, werden die Pläne des Staatsschutzes durchkreuzen können. Die Reste liberaler und linker Öffentlichkeit, deren relative Stärke das Besondere an der Situation in Göttingen ausmacht, könnten dafür sorgen, daß die Differenz zwischen Staatsschutz-Fiktion und Realität erhalten bleibt, obwohl sie oft schon verschwamm. Und das tun sie, indem sie weiter machten mit der kritischen Theorie und Praxis, an der sie eh arbeiten - und darin das Wissen integriert, daß die Angeklagten jetzt nichts als StellvertreterInnen für sie sind.

Jede Verfolgung politisch Andersdenkender mit strafrechtlichen Mitteln ist eine Farce. Wir fordern die sofortige Einstellung der Anklage gegen die beiden GeschäftsführerInnen des Buchladens und die sofortige Einstellung aller Verfahren gegen Linke in Göttingen, die vom Staatsschutz in den letzten Jahren in Göttingen eingeleitet wurden. Und natürlich fordern wir die sofortige Abschaffung der Paragraphen 129 und 129a.

Da für die Verfahren eine Menge Geld gebraucht werden wird, brauchen wir dringend Spenden!!!
Spendenkonto: Konto-Nr. 101130169 (D. Vogelskamp), Sparkasse Göttingen, BLZ 26050001

Zur Erwiderung der "Freundinnen Irlands: Seelig sind die Bekloppten, denn sie brauchen keinen Hammer!" (I. 307) an die KritikerInnen der AA(M) aus Göttingen

Und: Zur Kritik an der AA/M

Wie schade für Euch, daß Ihr die KritikerInnen der (M) schon in der Überschrift psychatrisiert und debilisiert habt. So könnt Ihr Ihnen (den pseudo-linken, schwachsinnigen DolchstoßerInnen) nicht mehr selbst den Hammer auf die Köppe hauen. Klar, daß dann selbstverständlich nur noch übrig bleibt, sie in die nächste Gummizelle zu stecken, damit die "Bekloppten" ihren "Counterdreck" nicht mehr öffentlich ("mit dem Abdruck und so, bundesweit...") machen können.
Jetzt aber ernsthaft: Wir können überhaupt nicht verstehen wie die Interim so einen von behindertenfeindlichen, denunziatorisch-unsolidarischen, sexualisierten, autoritätsfixierten und verschwörungstheoretischen Aussagen nur so strotzenden Text abdrucken konnte. Wir nennen das Gedankengut, das hinter diesen Formulierungen und Aussagen steckt, faschistisch!
Wir wissen nicht, ob es eine solche Gruppe ("FreundInnen Irlands") tatsächlich gibt. Falls ja, falls dieser Text also kein Produkt von Staatsschutz- oder Nazi-Hirnen ist, möchten wir ihr vorschlagen, sich doch einfach direkt auf die ihr entsprechende Seite nach "vorne" zu stellen, damit sie nicht immer (bei den "sog. Linken") nach "von hinten reingerammten Messer(n) Ausschau" halten muß.
Mehr wollen wir zu diesem Text nicht sagen, der eine in unseren Augen begründete und trotz allem solidarische Kritik an der Politik der (M) (vor allem an der Politik gegenüber anderen linksradikalen und autonomen Gruppen in ihrer Region) psychatrisiert, als Verrat denunziert und nicht nur einer Spaltung sondern auch einer Polarisierung linksradikaler Gruppen zuarbeitet.
Da dieser Text aber an einem Problem ansetzt und polarisiert, das es tatsächlich gibt (deshalb halten wir auch eine Staatsschutz- oder Nazi-Aktion für möglich), finden wir es wichtig, dazu mal was zu sagen.

Unser Standpunkt

Unsere Strukturen sind nicht an der AA/BO beteiligt. Wir waren mal in der Anfangsphase daran interessiert ("BeobachterInnen"), haben uns dann aber aus verschiedenen Gründen aus diesem Organisierungsansatz zurückgezogen. Der wichtigste Grund hierfür war, daß wir zunächst einmal funktionierende regionale Strukturen aufbauen wollten. Hinzu kamen Bedenken von einigen aus unseren Strukturen, die das "wie" dieses Organisierungsprozesses und die angestrebte Form der Organisation betrafen.
Ab da arbeiteten wir eher unverbindlich bei den "Bundesweiten Antifa-Treffen" mit, die wir aber nicht als direkte "Konkurrenzunternehmen" erlebten.
Wir haben keine Probleme mit Gruppen aus der AA/BO, sondern zu einigen freundschaftliche (und darüber hinausgehende) Kontakte.
Wir haben aber auch mitgekriegt, daß es Kritik (und zwar von den KritikerInnen begründete) gibt an der konkreten Politik vor allem der AA(M), aber auch anderer Gruppen aus er AA/BO. (Auf Kritiken, die vor allem das Erscheinungsbild der AA/BO in der Öffentlichkeit, den AA/BO-Symbolismus und den Vorwurf von der Neuauflage der KPD-Politik betreffen, und auf persönlche Streitigkeiten gehen wir hier gar nicht ein.)

Oft hören wir, daß sich andere autonome Antifa-Gruppen, die regional mit Gruppen des AA/BO-Spektrums zu tun haben, über den Tisch gezogen fühlen. Der Kern der Kritik wirft den AA/BO-Gruppen ein instrumentelles Verhältnis und ein machtpolitisch-arrogantes Verhalten gegenüber dem restlichen autonomen linksradikalen Spektrum vor. Das ist einerseits klar, bedenkt mensch die Macht, die sich aus einer funktionierenden Organisation ergibt (auch wenn die AA/BO sagt, sie wolle diese Machtstrukturen im Inneren abbauen), andererseits bedenklich, da sich dieser Machtanspruch in der Praxis weniger gegen den Staat und seine Strukturen als gegen die eigenen linksradikalen Strukturen zu richten scheint, die nicht in der BO sind.
Wenn das so wäre und bliebe, hielten wir es auch für mit autonomer Politik unvereinbar. Das würde bedeuten, daß die AA/BO versucht, ihre eigene Politkform und ihre Organisation auf Kosten anderer linksradikaler Strukturen vor einer Öffentlichkeit zu etablieren, der sowieso inhaltlich nichts an revolutionärer Politik liegt. Das würde auch dem eigenen Anspruch der AA/BO widersprechen, durch ihr Politkmodell zu einer VERBREITERUNG revolutionärer Politik beizutragen, da es ja nur schon vorhandene Strukturen in diesem Bereich neu organisieren würde. Und Organisation als Selbstzweck wollen wir der AA/BO nun wirklich nicht vorwerfen!

Wir verlangen also von der AA/BO, daß sie zu diesen Vorwürfen mal ehrlich und selbstkritisch Stellung nimmt und gegebenenfalls auch ihr Verhalten ändert.

Bisher haben wir den Organisierungsprozeß, den die AA(M) angestoßen hat und der in die Gründung der AA/BO einmündete mit Interesse und (innerer) Verbundenheit verfolgt. Wir denken, daß dies ein wichtiger neuerer Anstoß ist, hin zu einer Organisierung, einer verbindlichen libertären, revolutionären Struktur zu gelangen, die irgendwann einmal tatsächlich dazu in der Lage sein sollte, dieses "Scheiß-System" auch materiell zu überwinden und nicht wieder gleichzeitig ein neues "Scheiß-System" zu schaffen.
Dabei wollen wir aber nicht einem Beitritt zur AA/BO das Wort reden: Wir begreifen Organisierung als einen umfassenden, sozialen und dialektischen Prozeß, der nicht aus der Froschperspektive schon bestehender Teilbereichsorganisierungen betrachtet werden darf. Aber diese können den Prozeß vorwärtsbringen, dadurch, daß sich an ihnen gerieben werden kann, Alternativen, die auf dieser Kritk beruhen, entstehen und sich auf einer höheren Ebene wieder vereinen können. Das erfordert aber einen gewissenhaften, solidarischen und (selbst)kritischen Umgang miteinander, da sonst die Verbindungen abbrechen und der Prozeß ins Stocken gerät. Daher müssen alle, die die Notwendigkeit eines solchen Prozesses sehen, mal ab und an auch aus ihrer Froschperspektive raus und nicht nur ihr Eigeninteresse und ihre eigene Bedeutsamkeit sehen (egal welche Seite).
Wir können uns kappeln, verschiedene Wege gehen, verschiedene Inhalte und Formen in den Vordergrund stellen, in Konkurrenz zueinander treten solange wir dabei die anderen nicht behindern. Was wir nicht dürfen, ist, die solidarische Kommunikation untereinander abzubrechen, nicht mehr (selbst)kritisch zu handeln und zu denken, herumzuintrigieren und das gemeinsame Ziel, den Organisierungsprozeß bis zur Revolution aus den Augen zu verlieren.
Es geht darum, Organisierungsprozesse in einzelnen Bereichen, zu einzelnen Schwerpunkten irgendwann zu überwinden und zusammenzubringen, nicht, sich gegen andere Ansätze mit ähnlichen Zielsetzungen durchzusetzen!

In diesem Sinne muß (?) es das Ziel sein, auf eine übergreifende, soziale Organisierung hinzuarbeiten, die praktische, internationalistische Solidarität bedeutet und von unserer gesellschaftlichen Situation ausgeht. Das heißt, es muß ein revolutionäres, solidarisches Netz geschaffen werden, das die Ausgebeuteten und Entrechteten (und die, die ihre situation egal wo erkannt haben) dieses Systems aufnimmt, ihnen ein materielles Überleben sichert, in dem sie nicht kaputt gehen, sondern das ihnen die Perspektive eines menschenwürdigen, freien Lebens bietet und die Möglichkeit, sich in diesem Sinne weiterzuentwickeln und dafür zu kämpfen. Das muß zusammenlaufen mit den Ausgebeuteten und Entrechteten, die dieses System weltweit produziert.
Wir wissen: das klingt alles sehr schön und gar nicht mal so neu. Wir haben das alles auch nur mal kurz so hingeschrieben, vielleicht, **um es wieder in Erinnerung zu rufen.**
Immerhin gab und gibt es jede Menge solcher Gedanken in der letzten Zeit: z.B. von K.H.Roth, der Zeitschrift arranca, im Ausgangspaper der (M) klingen sie an, im Antiimp-Spektrum gibt es sie ebenso wie bei den AussteigerInnen aus der AA/BO.
Die Diskussion ist schon lange eröffnet.

Das Schlußwort spricht Earl für uns:
Bin da-a, wer noch?

Einige aus der Autonomen Antifa Koblenz, organisiert in der

Antifa-Koordination Rhein/Mosel
c/o Asta d. FH
Am Finkenherd
56075 Koblenz

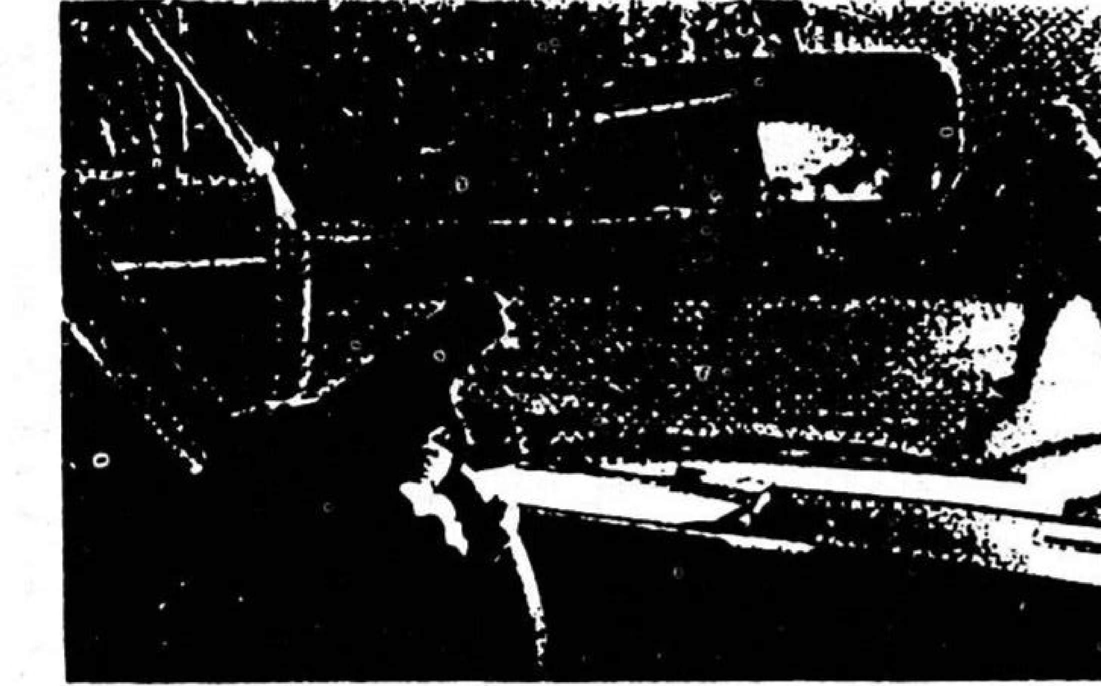
DIE JENSEITIGEN UND FEMINISTISCHE REVOLUTION

Wie auch in anderen Städten, in denen die Diskussion um Vergewaltiger in den letzten Monaten geführt wurde (Hamburg, Freiburg, Gießen/Marburg, ...) tauchen nun auch in Berlin von angeblich linken Männern Papiere auf, die das Ziel verfolgen einer Organisierung von FrauenLesben entgegenzuwirken. Gemeint sind damit vorrangig die Papiere aus der Interim Nr. 302 und 307 von 'Einigen aus der Autonomen Männergruppe', 'Jenseits von Gut und Böse', als gäbe es gute und böse Sexisten, dann also auch gute und böse Faschisten, Kapitalisten, Imperialisten, ...??? Mit diesen Papieren haben sie auf unser Papier 'Jenseits von Links', erschienen in der Interim Nr. 300 "geantwortet".
Es ist bezeichnend, daß Papiere, die andere Befreiungsbewegungen diffamieren und versuchen zu spalten, nicht veröffentlicht werden würden, aber sobald es 'nur' um Frauen und deren eigenständige, von Männern unabhängige, Organisierung geht, ist dies kein Problem. An diesem Punkt formieren sich die Männer ebenso wieder gemeinsam. Dies ist ein Beispiel von vielen, da sich die Männer bestens untereinander organisieren, wozu es nicht einmal Absprachen braucht, ihr gemeinsames Interesse, seit Jahrhunderten ausgefeilt, reicht dafür aus. Hier entwickeln Frauen nicht die "Verschwörungstheorie" oder einen "Determinismus" (Interim 302), sondern dies ist PRAXIS. Diese Geschichtslosigkeit, in Bezug auf die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen und in Bezug auf die Herrschaftsgeschichte des weißen Mannes, macht es möglich, daß sie sich außerhalb der Zeit als Einzelwesen betrachten lassen wollen. Zwar benennen sie die Unterdrückungsinteressen, verharmlosen sie aber gleichzeitig wieder und versuchen somit Glauben zu machen, daß es möglich sei, sich außerhalb der gesellschaftlichen Zwänge zu 'verändern'. Die Nische des weißen Mannes?? Ihre Veränderungsvorschläge (Interim 307) fallen unter MRT (=Männerradikaltherapie !!??) gemischt mit persönlicher "'Politauseinandersetzung'" und "einwenig (!!) Aktivität." Und: Die Auseinandersetzungen über 'Sexualität und Herrschaft' "kann nicht losgelöst von der Rolle der/des 'SexualpartnerIn', ... geführt werden." (Interim 307, S. 11)
Übersetzt heißt dies: MRT = Tätertherapie, persönliche Politauseinandersetzung = ich Mann bin nach wie vor der Nabel der Welt; einwenig Aktivität = verlangt bloß nicht zu viel von mir, ich tue, was ich kann, aber nicht das, was eine revolutionäre Frauenbewegung einfordern könnte, das Wenige bestimme ich alleine, usw., usw. ; 'der Rolle der/des SexualpartnerIn = DIE SEXUALPARTNERIN - hier finden wir das eigentliche Interesse der Typen, Partnerinnen sind Sexualpartnerinnen und nichts anderes, daß sie den angeblichen Sexualpartner noch benennen dient allein der Augenwischerei, denn in der Interim 307 stoßen wir in den letzten Abschnitten auf eine augeprägte Homophobie. D.h., sie orientieren sich nicht einmal an der Entwicklung und Gegenkultur fortschrittlicher Schwuler.

Seit Tausenden von Jahren werden FrauenLesben und Mädchen gefoltert, ermordet, vergewaltigt, unterdrückt und die HERRen wollen dem mit ein wenig MRT und sonstigem Gemisch entgegentreten? Leider ist dies ihr völliger Ernst und erfordert unsererseits ein konsequentes Handeln.
Welche kennt es nicht dieses Gejammer auf Kosten der Frauen, die bei diesem Ansatz von Tätertherapie auch noch herhalten soll, ihre Rolle ist ja auch so wichtig. Bleibt die Frage wichtig für wen? Frauen sollen dafür herhalten die Taten von Männern zu verschleiern und die Dimension der Herrschaft von Männern über Frauen zu verringern. Diese Taktik zieht sich durch beide Papiere kontinuierlich durch. "Jedoch finden wir die alleinige Sichtweise nur der strukturellen Gewalt als zu kurzsichtig und dogmatisch". Soll das heißen, daß das konkrete Unterdrückungsinteresse der Männer und das, was Frauen darin erleben müssen, dogmatisch ist? Oder gar nicht weit genug betrachtet (kurzsichtig ist ein scheiß Begriff)?? Wahrscheinlich sind SIE tatsächlich zu umnebelt von ihren 'wenigen Aktivitäten', daß sie das Ausmaß der Ausbeutung gegenüber Frauen tatsächlich nicht sehen und begreifen.
Im gleichen Absatz (Int. 302) versuchen sie gar die HERRschaftssichernde Zwangsheterosexualität ad absurdum zu führen, als hätten Frauen die freie Entscheidung zwischen Männern und Frauen. Daß dem nicht per se so ist, brauchen wir hier nicht weiter auszuführen, da dies schon ausreichend analysiert worden ist. Da empfiehlt sich doch, sich vielleicht nicht mit biologistischen Texten zu befassen, was zur Sicherung der Männerposition dient, sondern sich stattdessen antirassistische und revolutionäre Theorie und Praxis anzueignen.
Makaber werden die werten HERRen an dem Punkt, da sie sich als Stereotypen abgestempelt fühlen. Dies paßt in ihre Vereinfachungslogik bestens hinein. An dem Punkt spätestens sollten sie sich selber mit Namen und Adresse veröffentlichen, damit FrauenLesben die Möglichkeit haben, direktere Angriffe zu starten, als die Zeit damit zu vergeuden wieder mal nur schriftlich diesem konterrevolutionären und sexistischen Angriffen etwas entgegen zu setzen. Was ist denn stereotyp daran, wenn FrauenLesben und Mädchen mit der ganzen Facette der sexistischen und sexuellen Gewalt, mit dem Interesse Frauen physisch und psychisch zu zerstören, ihr Leben lang konfrontiert sind ??
Um der panischen Angst der Männer (sie könnten ein 'wenig' ihrer Machtaktivitäten verlieren) entgegenzuwirken, sind wir so nett und betrachten sie als individuell handelnde Täter und greifen sie auch als solche an, aber dennoch stehen sie stellvertretend für eine Massenbewegung, die das gleiche Interesse verfolgt. Die Taten gehen vom selben Hintergrund aus, die die einzelnen Täter je nach der Lage und den Bedingungen verfeinern und somit gezielter und effektiver einsetzen können. Viele dieser herausragenden Aktivitäten sind in verschiedenen Interviews und Papieren zu sexueller und sexistischer Gewalt benannt, wir sparen es hier jetzt mal aus.
Da sie sich ja 'unbewußt' der Männermassenbewegung zuordnen, ist es ihnen natürlich sehr fremd, sich an revolutionären Positionen von Feministinnen zu orientieren, diese gar als revolutionär anzuerkennen. Der Umkehrschluß ist dann natürlich, daß aus Orientierung 'Unterordnung' wird, die gar aus Tätern "masochistische Mitläufer" macht. Bei keiner Befreiungsbewegung, die Orientierung für die Linke hier sein könnte, oder auch ist, würden derartig psychologische Begriffe verwendet werden, die das Interesse verfolgen, die Notwendigkeit einer Frauenbefreiungsbewegung zu unterlaufen. Letztendlich können wir daraus nur lesen, daß sie es als Masochismus begreifen, sich an revolutionären Zielen zu orientieren und aufzuhören Frauen anzugreifen.
An keiner Stelle benennen sie die Auswirkungen der Machtinteressen von Männern, verharmlosen diese mit ihrem Individualismusgesülze, das in den Trend der Zeit paßt, setzen sich ins Zentrum des Geschehens. Darin dient ihnen das Argument, Frauen seien nicht nur Opfer, das sei "positiver Sexismus" (Interim 307), nur dazu, sich nicht als Täter betrachten zu müssen. Im Grunde genommen entwerfen sie angebliche Strategien und Auseinandersetzungen, die Frauen

darin hindern sollen zu Handelnden, selbstbestimmten Subjekten zu werden. Mit scheinbar positiven Ansätzen verkehren sie diese schlicht und einfach in ihr Gegenteil, im ihre Macht zu sichern. Und bei dem Begriff Macht, zieht es ihnen doch alles zusammen, da sie ihn auch nur in den HERRschenden Machtstrukturen denken (ach wie sind sie doch so anders !!!).
Zum bösen Schluß: wenn sie sich am Anfang einer "autonomen Männerbewegung" befinden, die o.g. Ziele verfolgt rufen wir dazu auf: Wehret den Anfängen !!!!

- Schürt den FrauenLesbenzorn
- Frauen habt Mut und macht die Täter offen !!!
- Solidarisiert Euch mit FrauenLesben, die in die Öffenlichkeit gehen !!!!!
-Seid parteilich mit allen FrauenLesben und Mädchen !!!!!
- Für die Entprivatisierung der Beziehungskisten und eine dauernde Einmischung von Frauen !!!!!!!!!
- Die Täter (und Täterschützer) haben sofort aus dem Umfeld der Frauen zu verschwinden !!!!!!!!!
— Die Tat soll in allen sozialen Zusammenhängen des Täters veröffentlicht werden (Arbeitsplatz, Sportgruppe, Wohnzusammenhang, usw.) !!!!!!!!
- Frauen, die mit Tätern in irgendeiner Form eine Beziehung haben, sind aufgefordert, diese zu beenden, da sie ansonsten den Frauen in den Rücken fallen, die den Täter offen machen und somit Täterschutz betreiben. Wir gehen davon aus, daß Männer Wiederholungstäter sind, da Vergewaltigung und Sexismus ihrem Herrschaftsinteresse dient. Somit ist keine Frau vor ihnen sicher.
- Männer ohne deutschen Paß sind nicht durch Denunziation den Bullen auszuliefern da dies Abschiebung bedeuten kann, sondern mit der Offenmachung ihrer Taten gehen wir vorsichtiger um. Hier gilt die Tat ebenso zu bewerten. Wir fordern von allen Frauen Lesben einen verantwortlichen Umgang damit. Das heißt z.B. keine Namenveröffentlichung in irgendwelchen öffentlichen Zeitungen.
- Laßt uns Strukturen schaffen, die es für uns möglich machen, daß kein Täter durch Umzug, oder Verschwinden die es für uns möglich machen, daß kein Täter durch Unzug, oder Verscheinden sich ein neues Betätigungsfeld suchen kann, wir müssen insgesamt das Informationsnetz unter FrauenLesben ausbauen und stärken.



- Solange es keine fortschrittliche linke revolutionäre Männerbewegung gibt, die sich an revolutionär feministischen Analysen orientiert müssen wir als Frauen Lesben die Kontrolle der Täter übernehmen. Es darf nicht in der bisher gestellten Forderung:
Vergewaltiger raus aus allen Zusammenhängen, stecken bleiben, da somit für sie ein neues Betätigungsfeld geschaffen wird und keinerlei Kontrolle mehr vorhanden ist. Diese Forderung kann nur für die sozialen Bezüge, die die betroffene/n Frau/en hat/haben, gelten !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!



Über geistige Flugversuche

Der subjektive Bruch der „Broschüren-Gruppe" mit Hegel

Wer die Frankfurter Schule auf Georg Lucács reduziert, der hat von Kritischer Theorie vielleicht noch nicht viel gehört. Wenn aber jemand obendrein noch, wie es die sog. „Broschüren-Gruppe" getan hat, die Politik der RAF auf die theoretische Linie der Frankfurter Schule zurückführt, dann dürfte der Rahmen des Zumutbaren bei weitem überschritten sein.

Genausowenig wie die Kritische Theorie, zu der so unterschiedliche Vertreter wie Horkheimer, Adorno, Löwenthal, Marcuse oder Walter Benjamin zählen, auf den theoretischen Ansatz von Lucács eingeengt werden kann, lassen sich in einem Atemzug die Politik der RAF, die Fehler von Stalin und die Volksfront-Strategie der KomIntern mit Mängel in der Hegelschen Philosophie erklären. Was sich hier fragt, ist, warum Leute, die weder Hegel noch andere Theoretiker richtig gelesen haben, so tun, als ob sie die Weisheit mit Löffeln gefressen hätten.

Wer auch nur ein bißchen Ahnung von der Frankfurter Schule, oder der Geschichte der RAF hat, der kann bei den Thesen der „Broschüren-Gruppe" nur mit dem Kopf schütteln. Die Argumentation der „Broschüren-Gruppe" ist in sich aufs äußerste unlogisch. Auf der einen Seite geißeln die Macher(Innen?) dieser Broschüre den Hegelschen Idealismus als Ursache aller politischen Fehlentscheidungen, die die Geschichte der revolutionären Bewegungen ausmachen, auf der anderen Seite ist die Argumentation, der sie sich bedienen selbst idealistisch. Während sie nämlich die geschichtlichen Ereignisse auf geistige Fehlentscheidungen der Führer der revolutionären Bewegungen zurückführen, vertreten sie eine Geschichtskonzeption, die davon ausgeht, daß die Entwicklungsmöglichkeiten der bestehenden Gesellschaft durch ihre ökonomische Struktur vorherbestimmt seien. Es käme daher nur darauf an, die Widersprüche des ökonomischen Systems zu erkennen, in Begriffe zu überführen, um ihren wahren Gehalt in einer gesellschaftsverändernden Praxis zu entfalten. Diese Argumentation steht in bester Traditionen des „idealistischen" Begriffssystems, wie es Hegel in seiner Philosophie entworfen hat. Soviel sei nur am Rande angemerkt.

„Die paranoische Überkonsequenz, die schlechte Unendlichkeit des immergleichen Urteils, ist ein Mangel an Konsequenz des Denkens; anstatt das Scheitern des absoluten Anspruchs gedanklich zu vollziehen und dadurch sein Urteil weiter zu bestimmen, verbeißt der Paranoiker sich in dem Anspruch, der es scheitern ließ. Anstatt weiterzugehen, indem es in die Sache eindringt, tritt das Denken in den hoffnungslosen Dienst des partikularen Urteils ... Halbbildung, die im Gegensatz zur bloßen Unbildung das beschränkte Wissen als Wahrheit hypostasiert, kann den ins Unendliche gesteigerten Bruch von innen und außen, von individuellem Schicksal und gesellschaftlichen Gesetz, von Erscheinung und Wesen nicht aushalten. In diesem Leiden ist zwar ein Element von Wahrheit enthalten gegenüber dem bloßen Hinnehmen des Gegebenen, auf das die überlegene Vernünftigkeit sich vereidigt hat. Stereotyp jedoch greift die Halbbildung in ihrer Angst nach der jeweils eigenen Formel, um bald das geschehene Unheil zu begründen, bald die Katastrophe zuweilen als Regeneration verkleidet, vorherzusagen."(Dialektik der Aufklärung)

In diesem Sinne bitten wir die Broschüren-Gruppe mal einen Gang runterzuschalten, um auf den Boden der Tatsachen zurückzukommen.

A&E&U

Batzus(Bullen) stürmen besetzte Häuser in Athen (Griechenland)

Festnahmen , Verfahren und Demos

Kurzbericht aus einem Brief einer griechischen Anarchistin (Athen 30.11.)

Was passierte:
16.November: Am Vorabend des 17.Novembers, des Jahrestages des studentischen Aufstandes (17.11.73) gegen die Militärdiktatur in Griechenland, versammeln sich einige AnarchistInnen vor dem Unigelände der Polytechnio, an genau jener Uni also, an der vor 21 Jahren die Proteste explodierten, und bauen kleine Barris, entzünden Feuer, werfen ein paar Mollies...Ein "Bahala" (sowas ähnliches wie Krawall,Randale,Riot) ist im Gange !!!
Die AnarchistInnen sehen keine Veranlassung ihren Protest und Widerstand gegen den Staat, das System usw. an dem inzwischen institutionalisierten 17.November, einem offiziellen Feier-und Gedenktag friedlich einzubetten
Das Gedenken der sich"sozialistisch" nennenden, aber in Wirklichkeit voll kapitalistischen und von EU, Nato - und US-amerikanisch Interessen abhängigen und zudem sehr nationalistischen PASOK-Regierung an jenem Tag ist nichts weiter als Hohn und Heuchelei und soll von den real existierenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen ablenken.
Deshalb starteten einige AnarchistInnen einen Bahala die Nacht zuvor Insgesamt wurde eine Person in jener Nacht von den Batzus (Bullen) verhaftet.

Wir wollen keine Bullenschweine - Ωιρ ωολλεν κειvε Βυλλενσχηωειvε

stürmten besetztes Haus

17. November: Um 9.oo Uhr Morgens stürmen die Batzus in 4 besetzte Häuser in Athen und nehmen alle dort sich aufhaltenden Leute fest..(24 Festnahmen insgesamt) Die Besetzten Häuser sind: Villa Amalias, Alcamenous, Keramikou und Lelas Karagianni. Die Batzus klauten und beschlagnahmten aus den Häusern Geld, Küchenmesser, Computer, persönliche Briefe usw.
Darüber hinaus sind einige der BesetzerInnen nun angeklagt wegen dem Besitz von (illegalen) Waffen!!!, ein paar Joints und dem Horten von angeblichen Geheimdokumenten.

Gegen Mittag nahmen die Bullen 40 weitere AnarchistInnen vor dem Unigebäude der Polytechnio fest, als diese gerade Zeitschriften und Flugblätter an all die Menschen von der Straße verteilten. Es schien also alles " für eine friedliche Demonstration an jenem Tag vorbereitet " zu sein. Fast alle AnarchistInnen und Autonom-Radikale waren ja im Knast und die Regierung war sich sicher, daß absolut nichts passieren würde...
Aber... Als die Demo (die offizielle) begann, besetzten 500 Leute die Polytechnio-Universität.
Und nach 1-2 Stunden standen schon 1000-2000 Menschen (viele junge Leute und auch AnarchistInnen) ebenfalls vor der Polytechnio-Uni während gleichzeitig weitere 2000 Leute in einem Demonstrationszug vor das Polizei-Hauptquartier liefen, um die sofortige Freilassung aller inhaftierten BesetzerInnen und AnarchistInnen zu fordern!!!!
Daß auf einmal soviel Leute sich mit den Festgenommenden solidarisieren und das 2000 die Uni besetzen würden, hätten viele nicht erwartet und kam daher sehr überraschend.
Vielleicht kann darauf aufbauen ja eine neue große Bewegung entstehen !!
Am späten Abend dann haben die Batzus alle wieder aus dem Knast rausgelassen.
Der Prozeß gegen die BesetzerInnen wird am 17.Januar beginnen.
Soli-Konzerte und Veranstaltungen werden organisiert .
Einige Tage später kamen die Batzus wieder zu dem besetzten Haus Lelas Karagianni und forderten die Leute dort auf , ihr Haus zu verlassen und nicht mehr wiederzukommen.. Lelas Karagianni gibts schon seit 7 Jahren.!!
Natürlich sind die Leute dringeblieben - was sonst!!

Es gibt aber noch eine Anderen Prozeß, der bald beginnen wird und der Solidarität notwendig macht.
Der Anarchist Oysseas Kabouris, der seit 5 Monaten in U-Haft sitzt, wird angeklagt, einem Bullen die Knarre entwendet zu haben.

Die Hausdurchsuchungen, Festnahmen und Einschüchterungen der Bullen gegen die AnarchistInnen im voraus jener 17.November -Demo hat eine neuen Charakter, eine neue Dimension der staatlichen Repression in Griechenland angenommen. Diese Präventivmaßnahmen des Staates soll jeglichen Protest und Widerstand schon im Keim ersticken. Diesbezüglich erreichten sie genau das Gegenteil - tausende solidarisierten sich mit den AnarchistInnen. Doch ist ist nur der erste Schritt, es wird darum gehen, diese günstige politische Situatiion für sich ,die Bewegung auszunutzen , um den Staat zu entlarven, ihm seine demokratische Maske von Gesicht zu reißen und den Anarchistischen und linksradikalen Widerstand weiterzuentwickeln.



Der Kampf

für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen

geht weiter!

Christine Kuby muß draußen bleiben!

Freie medizinische Behandlung für Heidi Schulz!

Aufruf zur Demonstration am 17. Dezember 1994 in Hamburg, 13 Uhr Hachmannplatz (Hbf.)

im Rahmen der Aktionskette der Angehörigen von politischen Gefangenen in der BRD

Am 1.12. 1994 ist Irmgard Möller nach über 22 Jahren Knast endlich freigelassen worden. Ihre Freilassung ist das Ergebnis einer zähen, mehrjährigen Kampagne, die dank der starken internationalen Solidarität zum Erfolg geführt und gezeigt hat, daß die Freiheit erkämpft werden muß und erkämpft werden kann - ohne Preisgabe der eigenen Geschichte und Identität, ohne Kooperation mit dem Staat. Gleichzeitig ist es das staatliche Kalkül, mit der Freilassung Irmgards jetzt die letzten Reste der Solidarität mit den Gefangenen loszuwerden.Irmgard selbst hat bei ihrer Freilassung deutlich gesagt, daß der Kampf um die Freiheit der anderen politischen Gefangenen weitergehen muß, und daß weder die Jahre, die sie im Knast sein mußte, noch Zuspitzungen der gesundheitlichen Zerstörung infolge der Haftbedingungen wie bei Christine Kuby und Heidi Schulz Maßstab für die anderen Gefangenen sein können.

Wir fügen hinzu: Auch die intensive, langandauernde Kampagne für Irmgards Freilassung kann nicht Maßstab für weitere Kampagnen für die Freilassung einzelner Gefangener sein - nicht nur, weil das einfach zu lange dauern würde, um eine reale Perspektive zu bieten, sondern schlicht und einfach, weil die Situation aller übrigen Gefangenen schon jetzt völlig unhaltbar ist. In dem langen Kampf für Irmgards Freilassung sind wir auch deshalb auf Grenzen gestoßen. Gerade in der Konzentration auf eine Forderung liegt die Gefahr, daß die Gesamtsituation der Gefangenen und die politische Realität des neuen Großdeutschland in der Wahrnehmung verloren geht. In der Zukunft wird es darum gehen müssen, die Situation der politischen Gefangenen insgesamt zu thematisieren und mit konkreten Forderungen in die Offensive zu kommen, die unmittelbare Schritte für die Gefangenen bedeuten.

Wir wollen am 17.12. eine politische Demonstration der Solidarität mit den politischen Gefangenen in der BRD - als ein Anfang für eine neue Mobilisierung!

Die Situation der Gefangenen ist weit hinter die in den Kämpfen um die Zusammenlegung bis 1989 erreichten Maßstäbe zurückgefallen: Die nach dem Hungerstreik 1989 durchgesetzte Kleingruppe in Köln besteht inzwischen nur noch aus Heidi Schulz und Sieglinde Hofmann. Sieglinde steht ein neuer prozeß in Stammheim bevor und Heidi muß sofort zur medizinischen Behandlung in die Universitätsklinik Frankfurt verlegt werden. Brigitte Mohnhaupt und Manuela Happe sind in Aichach nach wie vor nicht nur von den anderen politischen Gefangenen, sondern auch streng voneinander getrennt. Rolf Heißler sitzt alleine in Frankenthal, Christian Klar in Bruchsal. Nach Irmgards Freilassung ist nun auch die Kleingruppe in Lübeck vorerst zerschlagen. Durch Christine Kubys momentane Haftunterbrechung ist Hanna Krabbe dort ebenfalls alleine.

Sie alle waren jahrelang in strenger Einzelisolation, haben die jahrelange Folter in den Knochen. Darüber können auch modifizierte Sonderhaftbedingungen in den letzten Jahren nicht hinwegtäuschen, auch sie bieten keine Chance auf gesundheitliche Wiederherstellung. Isolationsfolter ist keine Frage der Jahre - verhandlungsunfähig nach herkömmlichen Maßstäben waren die Gefangenen in Stammheim, war auch Irmgard Möller bereits 1975, nach noch nicht einmal drei Jahren Isolation. Weil die Gefangenen sich dennoch, trotz der Folter, trotz der massiven gesundheitlichen Beeinträchtigungen nicht haben brechen lassen, setzt der Staat darauf, die Gefangenen mit der Perspekltive umfassender physischer Desintegration zu erpressen.

Heidi Schulz kämpft seit Jahren um eine angemessene Behandlung ihrer massiven gesundheitlichen Beschwerden , die Ergebnis der Haftbedingungen sind und für die es unter Knastbedingungen keine Chance auf Besserung gibt. Für Heidi Schulz geht es darum, daß sie Bedingungen bekommt, in denen eine Diagnose und Behandlung möglich sind. Die nun schon jahrelange systematische Verweigerung medizinischer Behandlung trotz gravierender

Beschwerden erinnert an das Vorgehen des Staates gegen Katharina Hammerschmidt, deren anfangs noch heilbare Erkrankung so lange nicht behandelt wurde, bis sie nicht mehr behandelbar war: Sie starb 1975.

Christine Kuby ist ebenfalls in Folge der Haftbedingungen so schwer erkrankt, daß sie am 8.11.1994 vorübergehend aus der Haft entlassen wurde, um sich einer dringend notwendigen Bandscheibenoperation zu unterziehen. Nur so bestand eine Chance, die akute Gefahr massiver bleibender Schäden abzuwenden. Dabei ist deutlich: eine wirkliche gesundheitliche Wiederherstellung bleibt durch die bloße Unterbrechung der Haft ausgeschlossen, die jetzt eingetretene Eskalation des Bandscheibenvorfalls wird sich wiederholen, wenn Christine erneut in den Knast muß. Da das seit 1992 laufende Entlassungsverfahren gegen Christine von Bundesanwaltschaft und OLG Hamburg weiterhin total blockiert wird, besteht aber offenkundig genau diese Absicht: Christine im Anschluß an die momentane medizinische Behandlung wieder einzuknasten.

Die Situation von Christine Kuby und Heidi Schulz zeigt, daß es ihnen um die völlige körperliche Zerstörung der Gefangenen geht, und zwar bis zu dem Punkt, ab dem keine Chance mehr auf jemalige gesundheitliche Wiederherstellung besteht - in der Hoffnung sie mit einer derartigen Eskalation doch noch erpressen zu können, sie zum Abschwören, zur Kooperation zu bewegen. Das ist die Realität für die politischen Gefangenen: Vernichtungshaft und Todesstrafe auf Raten - ob sie nach Jahren der Isolation jetzt modifizierte Haftbedingungen haben oder wie Birgit Hogefeld bis zum Beginn ihres Prozesses streng einzelisoliert waren.

Noch immer in Einzel- und Kleingruppenisolation bzw. unter modifizierten Sonderhaftbedingungen inhaftiert sind folgende Gefangene aus der RAF:

Hanna Krabbe (seit 1975)
Lutz Taufer (seit 1975)
Karl-Heinz Dellwo (seit 1975)
Knut Folkerts (seit 1977)
Christine Kuby (seit 1978, z.Zt. Haftunterbrechung)
Stefan Wisniewski (seit 1978)
Rolf Heissler (seit 1979)
Rolf-Clemens Wagner (seit 1979)
Sieglinde Hofmann (seit 1980)
Brigitte Mohnhaupt (seit 1982)
Christian Klar (seit 1982)
Heidi Schulz (seit 1982)
Helmut Pohl (seit 1984)
Manuela Happe (seit 1984)
Eva Haule (seit 1986)
Birgit Hogefeld (seit 1993)

Sie müssen alle raus!

Wir sehen in dem Willen des Staates, den politischen Gegner zu vernichten, eine der zentralen, niemals durchbrochenen Kontinuitäten zum deutschen Faschismus. Dieser Wille betrifft nicht nur die politischen Gefangenen, sondern in verschiedenen, differenzierten Formen alle, die sich nicht den vermeintlichen Siegern der Geschichte unterwerfen wollen, sondern daran festhalten, daß Fundamentalopposition gerade jetzt notwendig ist. Angesichts der gesellschaftlichen und politischen Formierung nach Rechts, der Durchsetzung der alten imperialen Großmachtbestrebungen Deutschlands und der dafür notwendigen Unterdrückung jeder Kritik an diesen deutschen Verhältnissen, ist die Solidarität mit den politischen Gefangenen existenziell. Denn auch wenn zur Zeit kaum eine reale Perspektive gegen diese Entwicklung absehbar ist, bleiben die Gefangenen Geiseln des Staates gegen neue Anstrengungen der Linken in Deutschland.

Darum müsen sie alle raus. Um bis zu ihrer Freilassung überhaupt noch Möglichkeiten gegenseitigen Schutzes zu haben und die Kommunikation untereinander zu verbessen, müssen sie sofort in zwei Gruppen zusammenkommen können. Von Zusammenlegung können wir schon gar nicht mehr sprechen; interaktionsfähige Gruppen kämen selbst dann nicht mehr zustande, wenn alle jetzt noch einsitzenden Gefangenen in einer Gruppe für Frauen und einer für Männer zusammenkämen. Das Zusammenkommen der Gefangenen ist trotzdem notwendig als ein Schritt zur Freilassung.

Wir wollen mit unserer Demonstration deutlich machen, daß die Solidarität mit den politischen Gefangenen weitergeht, nicht obwohl, sondern weil Irmgard jetzt draußen ist.

Schluß mit der Erpressung - alle müssen raus!

Mit unserer Demonstration fordern wir:

Christine Kuby muß sofort endgültig freigelassen werden!
Heidi Schulz muß sofort die medizinische Behandlung in Frankfurt ermöglicht werden!
Hanna Krabbe, Brigitte Mohnhaupt, Manuela Happe, Eva Haule, Heidi Schulz und Sieglinde Hofmann müssen sofort zusammenkommen!
Rolf Heißler und Christian Klar müssen sofort mit Rolf-Clemens Wagner und Helmut Pohl in Schwalmstadt zusammenkommen!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Zur Demonstration rufen auf:
Angehörige und FreundInnen von politischen Gefangenen in der BRD; Initiative für die Freilassung von Irmgard Möller (Hamburg); ak kassiber berlin; Redaktion clockwork 129a; Jarama! (Mainz); Roja (Marburg);

V.i.S.d.P.:U. Moritz, 10247 Berlin

Donnerstag, 8.12.94 **FrauenLesbenAbend imCLASH:** *Die Kneipe im Wedding, Uferstr. 13, 13357 Berlin, U8 Pankstr., U9 Nauener Platz*
21.00 Uhr

Termine - Termine- Termine -Termine - Termine- Termine - Termine -Termine - Termine - Termine - Termine - Termine

Lesung und Diskussion
mit
Nanni Balestrini
zur Neuerscheinung
"Die goldene Horde"
von Balestrini/Moroni

Samstag 10 Dezember 19.00 Uhr

bei: Babylonia
Cuvrystr. 23
Veranstalter: Schwarze Risse

Sa.10.12.

Primo Moroni, Nanni Balestrini

DIE GOLDENE HORDE

Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien





SCHWARZE RISSE
ROTE STRASSE

Keinen Raum für die REP´s!
Keinen Fußbreit für Faschisten!

Kommt alle zur Kundgebung gegen den REP - Parteitag!!

Samstag, 10.12.1994, ab 9 Uhr

Der Veranstaltungsort ist noch unklar. Soweit bekannt, kann er Freitag ab 17 Uhr unter Tel.: 442 6174 und den Infostellen erfragt werden.

Unabhängige antifaschistische Gruppen:
Die REP´s laden ein - Wir kommen gerne!

Sonntag,11.12.94 **Video: "Delikatessen"** , von Jean-Pierre Jeunet
21.00 Uhr Es geht mal wieder umns Fressen. **imCLASH:**

So.11.12.

lieblingsfilme im ex
11.12.
"DER UNSICHTBARE AUFSTAND"
ES GIBT BANGLADESISCHES ESSEN!
immer sonntags nach der hells kitchen

*** TERMIN *** TERMIN *** TERMIN *** TERMIN ***

Unter dem Motto

Bargeld für alle
Einkauf von Lebensmitteln aus den Berliner Flüchtlingswohnheimen

findet (zunächst probeweise) am

Sonntag, dem 11. Dezember 1994,von 14.00 bis 19.00 Uhr im ***Rat&Tat***, **Liebenwalder Str. 16**

ein An- und Verkauf von Waren aus den Berliner Flüchtlings-Wohnheimen statt.

Genauere Infos siehe Rückseite der letzten Interim. KOMMT ZAHLREICH!!!

UNGEKÜRZTE BARAUSZAHLUNG (MINDESTENS) DER SOZIALHILFE!
ABSCHAFFUNG DER RASSISITISCHEN AUSLÄNDERINNENGESETZGEBUNG!

Initiative gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, c/o Rat&Tat, Liebenwalder Str. 16, 13347 Berlin

"Üb immer Treu und Redlichkeit"
oder
3 Jahre grünes Chaos in Brandenburg

Am 11. Dezember 1991 beschloß der Brandenburger Landtag das Vorschaltgesetz zum Polizeigesetz des Landes Brandenburg. § 11 Absatz 2 dieses Gesetzes beinhaltet folgende Regelung:
" Beim Einsatz von Polizei als geschlossene Einheiten hat jeder Angehörige der Polizei zur Gewährleistung der Identifizierbarkeit deutlich sichtbar eine Dienstnummer zu tragen."
Diese gesetzliche Bestimmung, die aus den Übergriffen von Polizisten auf Demonstranten während der Demonstrationen um den 7.Oktober 1989 resultiert, wird von der Brandenburger Polizei, mit ausdrücklicher Duldung der verschiedensten staatlichen Organe, permanent ignoriert.
Bevor das Gesetz klammheimlich geändert wird, wollen wir mit einer Demonstration auf diesen eklatanten Rechtsbruch aufmerksam machen.

11. Dezember 1994
14.°° Uhr
Platz der Einheit
am Deserteur

Potsdam



Einladung:
Die Erneuerungskommission Kottbusser Tor EK läd ein zur
Fragestunde zum Kinderbauernhof Mauerplatz
am Dienstag den 13.12. 18 Uhr
im Jugendzentrum Chip ,Reichenbergerstraße 44, U1 Kottbusser Tor



Sag niemals nie

Alternative Lebensentwürfe in der Mainzerstr. und die brutale der Zerschlagung durch die Staaterepression

Videodokumentation
Menschen nahmen sich den Wohnraum, den sie benötigten,um ihre Utopien zu leben. Es entstanden Lesben- und Frauenwohnprojekte, Schwulenhaus, Cafés, Volksküche und vieles andere mehr. BesetzerInnen erzählen von ihrem 'Alltag', die Angriffe der Neo-nazis und Gegenangriffe werden gezeigt. NachbarInnen interviewt.
Und schließlich die Räumung, eine 2 Tage andauernde "Schlacht", bei der die Polizei sich austobte.

Dienstag 13.12. um 20.00 Uhr
Ort: El Locco
Kreuzbergstr.43, U-S Bahn: Yorckstr.

AntiNationale Initiative

Information und Diskussionstreff
Wie kann der AntiNationale Gedanken weiterentwickelt werden? Was geschieht mit der Vernetzung in der Region Berlin-Prag-Warschau?
Solche Fragen wollen wir diskutieren und die konkret aufgelaufende Informationen aufarbeiten.

Mittwoch 14.12. um 18.00 Uhr
Ort: El Locco
Kreuzbergstr.43, U-S Bahn: Yorckstr.

Uruguay nach den Wahlen

Veranstaltung mit Carlos Casares, Vertreter der MLN-Tupamaros

Am Mittwoch 14. Dezember, 19.00 Uhr
Humboldt-Universitat Hauptgebäude
Unter den Linden 6
»Krähenfuss« im Ostflügel

Veranstalte Mi.14.12. mokratie und Umweltschutz

Donnerstag, 15.12.94 FrauenLesbenAbend imCLASH:
21.00 Uhr

Freitag, 16.12.94
20.00 Uhr

Infoveranstaltung im **CLASH: "Mexico - " Wahlbetrug, Opposition von unten und Guerrilla** (zusammen mit FDCL-Mehringhof)

Jim Jarmush Videofilreihe imCLASH: "Permanent Vacation" und **"Stranger than Pradise**

Sonntag,18.12.94
20.00 Uhr

Gegenmacht von oben?

Der Hogefeld Prozeß, Bad Kleinen und die radikale Linke

Do. 15. 12.

Eine Veranstaltung der jungen Welt
am Donnerstag 15. 12. 1994 20:30 Uhr
in der **Freien Volksbühne am Rosa Luxemburg Platz im Roten Salon** (Eintritt 5 Mark)
mit: Berthold Fresenius (Anwalt von Birgit Hogefeld)
Michael Wilk (Anarchistisches Forum/Wiesbaden und Besucher von Birgit Hogefeld)
Oliver Tolmein (junge Welt)
In der Veranstaltung soll es um den Stand des Verfahrens, den Einfluß der Politik auf das Verfahren, aber auch um die Linke und politische Prozeße/Militanz/RAF gehen (mehr dazu in der jungem Welt)

Am 18.12. um 11Uhr bereiten wir ein Frühstück vor, bei dem wir uber die Schrift von Lenin diskutieren wollen, ob und inwieweit er für die heutige wirtschaftliche und politische Lage noch Geltung hat. Wir fassen die wesentlichen Punkte in den einzelnen Kapiteln zusammen. Wir rufen alle Frauen/Lesben auf zum Frühstück zu kommen! Laßt uns anhand dieser Diskusssionen eine revolutionäre Perspektive entwickeln.

P.S.: Die Texte liegen im Frauenraum aus.
Ort: Mehringhof, 4.Stock, Frauenraum, Gneisenaustr.2a

Bitte bringt Brötchen, Käse, Tomaten...und Süßes mit.

- Krieg in Zypern. Sowohl der faschistische turkische Staat als auch der chauvinistische griechische Staat führen seit Jahren einen blutige Krieg um die Insel.
- Krieg in Ex-Jugoslawien. Die Imperialisten schüren und nutzen diesen Krieg für ihre jeweiligen Interessen, was zu einem Konflikt unter den imperialistischen Ländern führen kann.
- Der Imperialismus versucht mit allen Mitteln seine Vorherrschaft aufrechtzuerhalten. Nach dem Einmarsch von UNO-Truppen unter der Führung der USA in Somalia, an dem auch deutsche Truppen beteiligt waren, erlebte Haiti die militärische Invasion USA's im Namen des Friedens und der Befreiung, ebenso der Einmarsch unter der Führung französischer Truppen in Ruanda.
- Überall hat der Imperialismus seine Finger im Spiel, auch die BRD-Imperialisten. So steht die Debatte um die Verstärkung und Neustrukturierung der Bundeswehr und deren militärische Einsätze im Ausland im Zusammenhang mit dem Streben Deutschlands seine militärische Großmachtposition wiederzuerlangen und somit bei der Neuaufteilung der Welt mitzubestimmen.
- Was bedeutet "Neue Weltordnung"? Was bedeutet sie für die abhängigen Länder? Was ist die Stellung der UNO in solchen imperialistischen Kriegen? Warum werden die kurdische und andere nationale Befreiungsbewegungen mit deutschen Waffen und deutschem Geld unterdrückt und niedergeschlagen? Was für ein Interesse hat der deutsche Imperialismus Kann überhaupt der Frieden in einem imperialistischen System erreicht werden? Wo stehen wir als revolutionäre, antiimperialistische Frauen/Lesben?
  Dies sind Fragen, mit denen wir uns im Frauen/Lesbenbündnis gegen imperialistische Kriege auseinandersetzen.
- Um das Wesen und die historischen Zusammenhänge des Imperialismus aufzudecken, wollen wir anhand verschiedener Texte arbeiten. Hierzu gehören: Lenin, "Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", Texte von Rosa Luxemburg, aktuelle Texte und anderes.

Frauen/Lesbenbündnis gegen imperialistische Kriege

Fröhliche Weihnachten...

...abe

...ete für Gefangene vermittelt die taz. ...an taz-Knastabo, Kochstraße 18, 10969 Berlin

Die Beute

Politik und Verbrechen – Herbst 1994

Heft 4/Winter 1994 (erscheint Anfang Dezember)
Alle Beiträge vorbehaltlich Änderungen!
Befreiungsnationalismus/Internationalismus • Jost Müller: Die Linke und die Nation • Max Annas: ›Negu Goriak‹ und ihre seperatistische Revolutionsbotschaft • Pit Wuhrer: I.R.A. • Alex Demirovic: Radikale Linke in Japan

weitere Themen und Beiträge: Christoph Kind: Die Silvio Gesell Renaissance und deren Epigonen * Roberto Ohrt/Andreas Fanizadeh: Interview mit Aktionisten der Chaos-Tage in Hannover * Die feministischen Filme der Yvonne Rainer * Detlef Diederichsen: Country Musik * Vanessa Barth/Dagmar Ganßloser: Aids-Hilfe * Zeitschriften-Rundschau: Musik-Fanzines

Die Beute Nr. 3/Herbst 1994 (September)
Sicherheitskonzepte • Mike Davis: Gewalt, Sicherheit, Urbanität • Daniel Stern: Zürich Kreis 5. Drogenpolitik und Rassismus • Cornelia Eichhorn/Jost Müller: Private Sicherheitsdienste • Andreas Fanizadeh: Bad Kleinen und die Linke

weitere Beiträge u.a.: Nancy Fraser: Feministische Intellektuelle in den USA * Jörg Stürzebecher: »Europa, Europa« * Critical Art Ensemble: Die elektronische Störung * Anke Feuchtenberger: Der Schatz. Comic * Marianne Kröger: Durruti und der spanische Bürgerkrieg * Udo Sierek: Diktatur der Prävention * Diederich Diederichsen: Nation of Islam

Sicherheitskonz



Basso-Tribunal zum Asylrecht in Europa. Internationale Fachleute und Laien verteidigen das Menschenrecht auf Asyl in Berlin...

Am Tag der Menschenrechte müssen sich die Staaten Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, die Schweiz und Spanien vor Gericht für ihren Umgang mit Flüchtlingen verantworten. Vom 8. bis zum 12. Dezember 1994 wird in Berlin das "Ständige Tribunal der Völker" zusammentreten, um über die Asylrechtspraxis der westeuropäischen Staaten zu verhandeln. Die vier oben genannten Staaten sind nicht die einzigen, die auf die Anklagebank gehörten, sie sitzen dort nur stellvertretend für alle, die an der derzeitigen Abschottungspolitik in Europa beteiligt sind. Wie auch immer das Urteil der Jury ausfallen wird, konkrete Sanktionen haben die vier Angeklagten nicht zu erwarten. Denn dieses Gericht – nicht zu verwechseln mit dem Den Haager Gerichtshof – hat kein offizielles Mandat, sondern nur das sich selbst gegebene. 1979 wurde das Ständige Tribunal der Völker von Lelio Basso gegründet und versteht sich als Nachfolger der Russel-Tribunale, die in den sechziger und siebziger Jahren die weltweite Aufmerksamkeit auf verschiedene Menschen- und Völkerrechtsverletzungen gelenkt hatten.



Primo Moroni
Nanni Balestrini
Die goldene Horde
Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien

9.12.+10.12. IM EX 20°° EINLASS



... UND TSCHÜSS

(sagt der Quetschmän, aber der Quetschmän bleibt, aber nicht mehr der Quetschmän!)